

asyl

1 • 2016

aktuell

Zeitschrift der
asylkoordination
österreich

Bildung für Flüchtlinge



Idomeni –
Europas Schande
Interview –
Ruth Wodak
UMF –
Pflegefamilien

Inhalt

- 01 Editorial**
- 02 Bildung für Flüchtlingskinder**
Herbert Langthaler
- 09 Für wen bauen wir die Zukunft?**
Alexander Poschner und Carina Sacher
- 12 Kommentar: Sicherheitsproblem Flüchtlinge?**
Arno Pilgram
- 16 Interview: Ich will mich nicht an ertrinkende Menschen gewöhnen!**
Gespräch mit Ruth Wodak
- 23 Selektives Grenzregime**
Anny Knapp
- 28 Ein Flüchtlingskind in die Familie aufnehmen**
Katharina Glawischnig
- 36 Gestrandet in Idomeni**
Ärzte ohne Grenzen
- 38 Athen als neues Ziel für Flüchtlinge**
Ärzte ohne Grenzen
- 40 Landschaft: Integration von Anfang an**
Elena Teplanová
- 44 Kurzmeldungen**
- 48 Bücher**

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Obergrenzen, Asyl auf Zeit, Notstandsverordnungen, Residenzfrist für Asylberechtigte und Streichung der bedarfsorientierten Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte – jede Woche eine neue Ungeheuerlichkeit der abgehalfterten SPVP-Koalition. Widerstand der Zivilgesellschaft gegen diese Politik blieb in den letzten Monaten erstaunlich verhalten, während die Medien das Spiel der Hysterisierung bedenkenlos mitspielen. Das ist aber nur die eine Seite der österreichischen Gesellschaft im April 2016.

Die andere Seite sind die vielen tausend Menschen in ganz Österreich, die unbeirrt Flüchtlingen beim Ankommen helfen, sie zu ÄrztInnen oder Behörden begleiten, Deutschkurse organisieren, gemeinsam Kochen, Sport betreiben oder Ausflüge machen. Aber diese Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger brauchen auch Unterstützung und Anerkennung vom Staat.

Über 88.000 Menschen haben im vergangenen Jahr in Österreich um Asyl angesucht. Daten über Anerkennungsdaten liegen nicht vor, aber ausgehend von der Tatsache, dass fast 80 % der AsylwerberInnen aus Ländern im Bürgerkrieg (Syrien, Irak, Afghanistan, Somalia) kommen oder in der Vergangenheit sehr hohe Anerkennungsdaten hatten (Iran) werden mindestens 60.000 von ihnen auch längerfristig in Österreich bleiben. Da viele über keine am österreichischen Arbeitsmarkt sofort verwertbaren Ausbildungen verfügen, braucht es Maßnahmen, die möglichst rasch und nachhaltig Sprachkompetenzen vermitteln, aber auch Möglichkeiten für eine erfolgreiche Teilhabe an der österreichischen Gesellschaft und hier in erster Linie am österreichischen Wohnungs- und Arbeitsmarkt ermöglichen.

Schon bisher gab es kein System mit bundesweit vergleichbaren Angeboten und Programmen. Über ganz Österreich erstreckt sich ein Fleckerlteppich von unterschiedlichen Projekten, je nach zufälligen Schwerpunkten in den Bundesländern, Engagement von PolitikerInnen und BeamtenInnen und Kreativität von KursanbieterInnen.

Das muss sich schnellstens ändern, soll ein gleichberechtigtes Leben der Neuankömmlinge in Österreich gelingen. Gebraucht wird ein bundesweites Integrationsystem vom Wohnen, über Bildung und Spracherwerb, Integration in den Arbeitsmarkt bis zu Gesundheits- und Familienberatung. Dazu müssen alle vorhandenen Ressourcen genutzt werden: Engagement und Expertise von ehrenamtlichen HelferInnen, Flüchtlings-NGOs, AMS-BeamtenInnen, LehrerInnen und all jenen, die gemeinsam an einer funktionierenden Gesellschaft arbeiten wollen.

Österreich bleibt solidarisch!

Vielen Dank sagt Ihnen *Herbert Langthaler*

Bildung für Flüchtlingskinder

Integration bedeutet Teilhabe an der Österreichischen Gesellschaft, aber auch die Bereitschaft dieser Gesellschaft zu Öffnung und Inklusion. Tatsächlich scheinen heute viele Maßnahmen möglich, die ein Einwanderungsland wie Österreich schon lange gebraucht hätte. Zum Beispiel bei Schule und Bildung. Von Herbert Langthaler



Mit Anstieg der Flüchtlingszahlen begannen Überlegungen, wie Flüchtlingskinder an Österreichs Schulen am effizientesten unterrichtet werden könnten.

Diskussionen über die Chancen und Probleme, die der plötzliche demographische Schub in sich birgt, gab es in den vergangenen Monaten häufig und sie werden weitergehen, zumal es Jahre dauern wird, bis sich – dann ex post – fundierte Aussagen über die „Integration“ der aktuellen Flüchtlingspopulation machen lassen können.

Sicher ist, dass die Ausgaben für Flüchtlinge und die vielen Jobs in der Betreuung bereits jetzt zum Wirtschafts-

wachstum beitragen. Inwieweit es gelingen wird, den Zuwachs an Arbeitskräften ohne zusätzlichen Druck auf Löhne und Gehälter für neue wirtschaftliche Impulse zu nutzen, ist vor allem eine politische Frage. Arbeitgeber rufen nach Ein-Euro-Jobs und einem (vorübergehenden) Aussetzen von kollektivvertraglichen Mindestlöhnen. Die Gewerkschaften haben eine Abschottungspolitik früherer Jahre aufgegeben und sprechen sich jetzt für raschen

Zugang zum Arbeitsmarkt, Kompetenzchecks und Regelungen zur Förderung von Integration und Verhinderung von Lohndumping aus¹.

Integration muss warten

Auf der anderen Seite wird Angst geschürt ohne Konzepte anzubieten. Dass die FPÖ hier führend ist, verwundert nicht, schon weniger selbstverständlich ist, dass der eigentlich für Integration zuständige Minister Sebastian Kurz diese Agenda nicht mehr wahrnimmt, stattdessen auf dem internationalen Parkett die Abschottung Europas vorantreibt und im Inland in erster Linie sogenannte „Wertekurse“ forciert, deren Sinnhaftigkeit von den meisten ExpertInnen angezweifelt wird.

Dass Flüchtlinge schnell in Österreich Fuß fassen können, wird bislang durch klare politische Entscheidung behindert: Integration erst nach positivem Abschluss (Asyl oder subsidiärer Schutz) des Asylverfahrens.

Zuerst kommt das, was die deutsche Sozialpädagogin Vicki Täubing als „organisierte Desintegration“ bezeichnet: monatelanges Warten auf den Ausgang des Asylverfahrens, Arbeitsverbot, kein Zugang zu gratis Sprach- oder Bildungskursen. Die Folge: (Re-)Traumatisierung, Hospitalisierung, Dequalifizierung – verlorene Monate und Jahre.

Eine verlorene Generation

Besonders schmerzhaft für die Betroffenen, aber auch (vor allem in absehbarer Zukunft) für die österreichische Gesellschaft ist der Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen. Diese machten im Jahr 2015 mit 32.230 Personen 36,6 % der AsylwerberInnen aus.

Für schulpflichtige Flüchtlinge war die Vorgangsweise bislang relativ klar: Wird

die Familie in ein Grundversorgungsquartier zugewiesen, werden die Kinder in der nächstgelegenen Schule eingeschult. Dass in Kleinstschulen am Land, die oft nur dank der Flüchtlingskinder noch nicht geschlossen werden, oft ein Viertel Flüchtlingskinder sind, wurde bisher kaum diskutiert, gezielte Unterstützung oder Schulungen für die LehrerInnen gab es bislang nicht. „Ich probiere halt manche Sachen aus, und wenn es funktioniert, dann führe ich es weiter und wenn es nicht funktioniert, dann denke ich mir: Ich hab es ausprobiert – ich lasse es wieder.“², beschrieb die Lehrerin einer einstufigen Volksschule in Puchenstuben (Bez. Lilienfeld) ihre Arbeitsweise.

Mit dem schnellen Anstieg der Flüchtlingszahlen seit dem Herbst 2014 begann man auch im Bildungsministerium mit Überlegungen, wie Flüchtlingskinder an Österreichs Schulen am effizientesten unterrichtet werden könnten. Rechtzeitig zu Schulbeginn im September 2015 wurde das Rundschreiben „Flüchtlingskinder und -jugendliche an österreichischen Schulen“ veröffentlicht und Terezija Stoitsits als zentrale Ansprechperson für Fragen bezüglich Flüchtlingskindern in den Schulen installiert.

Klar war bereits zu diesem Zeitpunkt, dass die Integration von tausenden Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse eine große Herausforderung darstellt, die nicht mit dem bislang zur Verfügung stehenden Instrumentarium (Möglichkeit von Sprachförderkursen während die SchülerInnen als „außerordentliche SchülerInnen“ geführt werden, muttersprachlicher Begleitunterricht) allein bewältigt werden kann. Während sich das Bildungsministerium um grundlegende Informationen und Programme kümmert, wird für die Lösung von akuten

¹ GPA/djp: Arbeitsmarktsituation in Österreich. Binnenmigration in der EU – EU-Entsenderichtlinie – Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten. PRO-GE: Asylrecht ist Menschenrecht. Dez. 2015

² Magdalena Hilde Frühmann: „(...) Dass sich unter den Schülern auch Asylanten befinden merkt man im Unterricht eigentlich nicht (...)“. Zum Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt am Fallbeispiel einer Kleinstvolkschule. (Masterarbeit, Uni Wien, 2010)

Problemen an die Landesschulräte verwiesen, zum Beispiel, wenn es „aufgrund eines nahegelegenen größeren Quartiers, zu räumlichen Engpässen kommen sollte“.

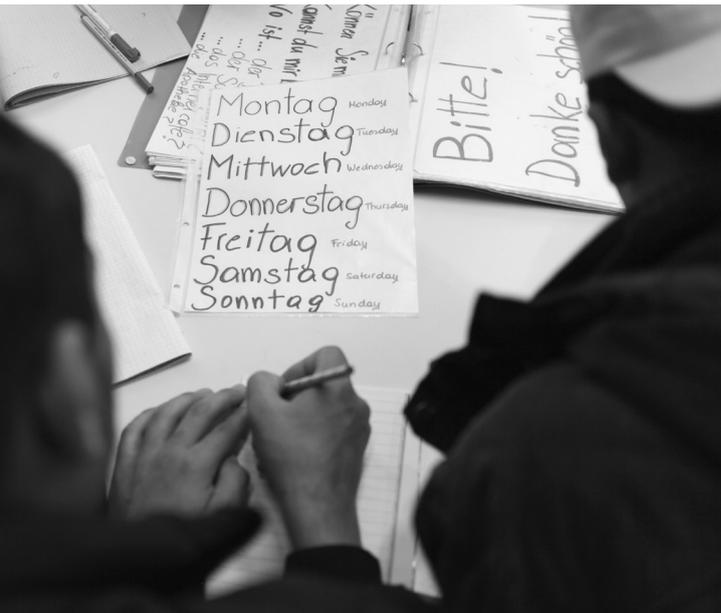
Flüchtlingskinder In Schulen

Apropos Zahlen: Ende März waren über 9.800 Flüchtlingskinder an österreichischen Schulen, die meisten davon in Niederösterreich (2.400) und in Wien (2.230), gefolgt von Oberösterreich (1.450) und der Steiermark (1.220). Zur Finanzierung weiterführender Maßnahmen für die Flüchtlinge an österreichischen Schulen sollte es Mittel aus dem sogenannten „Integrationstopf“ der Bundesregierung geben. Geflossen ist das Geld allerdings erst mitten im Schuljahr, was dazu geführt hat, dass einige Landesschulräte keine Programme zur Unterstützung der Schulen mit erhöhter Flüchtlingspopulation starteten. „Wir wurden vertröstet, bis das Geld vom Bund da ist“, erzählt eine burgenländische Lehrerin.

Leider bestehen im außerschulischen Bereich für nicht mehr schulpflichtige junge Flüchtlinge nach wie vor die größten Lücken.

Insgesamt hat das Bildungsministerium Ende März für das laufende Jahr 23,75 Millionen Euro bekommen, wobei es den Löwenanteil (15 Millionen) für eine Anhebung der Zahl der Sprachförderlehrerinnen an den Pflichtschulen um 208 Planstellen auf 650 verwenden wird. 3,2 Millionen stehen für mobile interkulturelle Teams zur Verfügung, die je nach regionalem Bedarf in erster Linie für die Kommunikation mit den Eltern der jungen Flüchtlinge stehen. Zusätzliche zwei Millionen fließen in Übergangsklassen, in denen sich Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, für den Besuch von (berufsbildenden) höheren Schulen qualifizieren können. Schließlich sind 3,55 Millionen für Maßnahmen im Rahmen der Erwachsenenbildung wie Alphabetisierung, Basisbildungs- und Pflichtschulabschlusskurse reserviert.

Erstmals werden im Rahmen des bestehenden Schulsystems gezielt Maßnahmen auch für Flüchtlingsjugendliche, die der Schulpflicht bereits entwachsen sind, umgesetzt. Einerseits werden bestehende Angebote wie Übergangsklassen an Oberstufenrealgymnasien durch zusätzliche Deutschkurse und Deutsch als Zweitsprache (DaZ) unterstützt, andererseits wurden an 30 berufsbildenden höheren Schulen (HAK, HTL etc.) insgesamt 44 Übergangsklassen für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse eingerichtet. Der Direktor des BORG in Wien Landstraße, Franz Dovorán, hat im laufenden Schuljahr zwölf junge Flüchtlinge in die beiden Übergangsklassen aufgenommen. Neben dem laufenden Unterricht bekommen Flüchtlingskinder zwei bis drei Stunden pro Woche Deutschunterricht von einer/einem ausgebildeten DaZ-Lehrer/in. Die SchülerInnen sind in der Regel zwischen 14 und 16 Jahren, sie können auch nach der Übergangs-



klasse (in der normalen 5. Klasse AHS) noch ein Jahr als außerordentliche SchülerInnen geführt werden und sollten dann mit spätestens 20 oder 21 Jahren die Matura geschafft haben.

Die neuen Lehrgänge an BHS können unter der Voraussetzung eingerichtet werden, dass mindestens zwölf SchülerInnen (bis zu 20 Jahren), die nicht mehr schulpflichtig sind, an einem Standort unterrichtet werden können. Voraussetzung für eine Teilnahme an einem solchen Lehrgang sind Grundkenntnisse der englischen Sprache, weil zum Teil der Unterricht in Englisch stattfindet. In allen Bundesländern mit Ausnahme des Burgenlands und Kärntens konnten solche Lehrgänge gestartet werden. Wobei die Verteilung der Lehrgänge doch einige Fragen aufwirft, zum Beispiel warum in Wien nur zwei Schulen mitmachen oder große Schulen wie die HTL in Mödling fehlen.

Schwieriges Alter

Für jugendliche Flüchtlinge, die mit 18 Jahren oder älter nach Österreich kommen ist es nur in Ausnahmefällen möglich, noch innerhalb des Schulsystems einen Abschluss zu schaffen. Leider bestehen im außerschulischen Bereich für nicht mehr schulpflichtige junge Flüchtlinge nach wie vor die größten Lücken. Zudem sind die Angebote für Kursmaßnahmen bislang noch höchst unterschiedlich verteilt. Während es in Wien und den Landeshauptstädten einige – wenn auch nicht ausreichend viele – Angebote gibt, bleiben Kleinstädte und ländliche Regionen unterversorgt.

Wie schaut nun die Praxis aus? Wir fragten bei UMF-Einrichtungen, Unterkünften für Familien und dem Jugendbildungszentrum (Jubiz) in Wien nach.

In Wien werden schulpflichtige Kinder vom Quartierbetreiber beim Stadtschulrat

gemeldet und bekommen innerhalb von zwei bis drei Wochen einen Schulplatz zugewiesen. Zu einem Erstgespräch werden die Flüchtlingsfamilien, soweit es möglich ist, von einem/einer Dolmetscher/in begleitet. Die meisten Flüchtlingskinder kommen nach einem Einstufungstest in normale Klassen, an einigen Standorten, an denen besonders viele Flüchtlinge untergebracht sind, gibt es eigene Flüchtlingsklassen. Insgesamt sind in Wien eine Volksschulklasse und neun Klassen in Mittelschulen solche „Neu in Wien“-Klassen.

Auch im Falle der Kindergärten funktioniert die Zuweisung im Großen und Ganzen, wenn die Kinder über 5 Jahre alt sind, erzählt eine Betreuerin aus einem Flüchtlingsquartier im 12. Bezirk. Kindergartenplätze für jüngere Flüchtlingskinder sind allerdings selten. Allerdings stoßen manche LehrerInnen, vor allem jene die ohnehin schon viele SchülerInnen mit sozialen Problemen unterrichten, an ihre Grenzen und es waren in den vergangenen Monaten immer wieder Klagen über zu wenig Unterstützung seitens der Schulbehörden zu hören. In dieser Situation auch die „eingesessenen“ SchülerInnen bei der Integration der Neuen einzubeziehen, ist ein Weg, der in der NMS in der Schopenhauerstraße beschritten wird. Voller Stolz erzählen die SchülerInnen von ihren Erfolgen bei der Unterstützung der Flüchtlingskinder beim Spracherwerb.

Chancen nach der Schulpflicht

Bei nicht mehr schulpflichtigen minderjährigen Flüchtlingen kommt es darauf an, ob sie mit ihren Eltern in Österreich sind oder ob sie unbegleitet gekommen sind. Wenn UMF es einmal geschafft haben, in eine Betreuungseinrichtung zu kommen, dann erfolgt eine Perspektivenabklärung, bei der festgestellt wird, wie weit Deutsch-

kenntnisse vorhanden sind und welche schulische Bildung die Jugendlichen aus dem Herkunftsland mitbringen. Für Bildungsmaßnahmen stehen den Jugendlichen € 1.326,- zur Verfügung bzw. 200 Stunden Deutschkurse und € 500,- für andere Bildungsmaßnahmen. Bereits der Spracherwerb stellt für viele ein schwer zu bewältigendes Problem dar. Statt der vorgesehenen 200 Stunden schätzen ExpertInnen, dass für die meisten Kids mindestens das Dreifache notwendig wäre. Abgesehen davon, dass eine Sprache bekanntlich nicht in Kursen zu erlernen ist, wenn das Lernen nicht durch tägliche Praxis begleitet wird, ist die Qualität der angebotenen Kurse höchst unterschiedlich. In manchen Einrichtungen werden Deutschkurse auch im Haus abgehalten, die meisten kooperieren allerdings mit Kursanbietern wie Volkshochschulen, dem Deutschinstitut oder der evangelischen Akademie. Deutschkurse für AsylwerberInnen müssen prinzipiell bezahlt werden, nur für UMF werden diese von den Betreuungsstellen getätigten Aus-

In den Erstgesprächen wird erfragt, wie die Wohnsituation ist und ob es Menschen gibt, die den Jugendlichen beim Lernen unterstützen.

gaben auch rückvergütet. Werden zusätzliche Deutschkurse benötigt muss die Finanzierung aus Spendenmitteln erfolgen.

Der nächste Schritt ist – je nach Vorbildung – ein Basisbildungs- oder Pflichtschulabschlusskurs (PSA-Kurs). Eine Einrichtung, die seit 1992 im Rahmen der Erwachsenenbildung PSA-Kurse anbietet, ist das Jugendbildungszentrum (JUBIZ) an der VHS-Ottakring. Bei einem Ersttermin wird dort überprüft, welche Kenntnisse in Mathe, Deutsch und Englisch schon vorhanden sind.

Wenn die Vorbildung für einen PSA-Kurs noch nicht reicht, dann wird überprüft auf welchem Niveau ein Basisbildungskurs empfohlen wird. Es gibt auch sogenannte Brückenkurse bei denen die Jugendlichen (bis 25 Jahre) an das Niveau, das sie für einen PSA-Kurs brauchen, herangeführt werden. Jugendliche, die nur eine Auffrischung verschütteten Wissens brauchen, kommen oft schon mit ca. 100 Unterrichtseinheiten aus. Jeder zehnte Jugendliche kann sofort mit einem PSA-Kurs anfangen, die anderen brauchen Basisbildung oder Brückenkurse zur Vermittlung von Grund- und Sprachkompetenzen.

In den Erstgesprächen mit den Jugendlichen wird auch erfragt, wie die Wohnsituation ist und ob es Menschen gibt, die den Jugendlichen beim Lernen unterstützen. Wenn die Rahmenbedingungen ungünstig sein sollten, gibt es am JUBIZ die Möglichkeit der PSA-Lernhilfe. Für außerschulische Probleme stehen bei Bedarf SozialarbeiterInnen und PsychologInnen zur Verfügung und der ist oft gegeben. Finanziert werden die Angebote der VHS und anderer Anbieter wie PROSA-Schule für alle oder UKI durch die Initiative Erwachsenenbildung (Bildungsministerium) und die Gemeinde Wien (MA 17 und



MA 13). Seit Juli 2015 gibt es auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Prinzipiell stehen alle Kurse auch AsylwerberInnen offen, ebenso die Brückenkurse seit diese nicht mehr vom AMS, sondern von der Initiative Erwachsenenbildung finanziert werden.

Große Probleme machen neben psychischen Auffälligkeiten (die allerdings auch bei in Österreich geborenen Jugendlichen stark zunehmen), die völlig katastrophale Wohnsituation von vielen Jugendlichen: Überbelag, fehlende Mietverträge und damit weder Ruhe zum Lernen noch Sicherheit für einen klaren Kopf. Viele Jugendliche haben auch Probleme mit der Familie, sei es, weil sie in Sorge um die Daheimgebliebenen sind, sei es, weil Familienmitglieder nachkommen und Übersetzungen, Wohnungssuche und Behördengänge von den Jugendlichen übernommen werden müssen. Unter solchen Bedingungen den Pflichtschulabschluss zu schaffen ist nicht einfach.

Während unbegleitete Jugendliche meist in den UMF-Quartieren betreut werden und ihnen (Deutsch-)Kurse Bildung ermöglichen, bleiben nicht mehr schulpflichtige Kinder, die mit ihren Familien gekommen sind, außen vor. Besonders in entlegenen Quartieren gibt es meist keine erreichbaren Angebote oder eine Kursteilnahme scheitert an der mangelnden Mobilität. Die Angebote wurden in den letzten Jahren ausgeweitet. Basisbildungs- und Brückenkurse werden inzwischen an mehreren VHS-Standorten angeboten. Wichtig war auch der Wechsel vom Hauptschul zum Pflichtschulabschluss. Im JUBIZ unterrichtet man seit 2014 nach dem neuen Schema. Neben einer Reduktion auf sechs Prüfungen beim PSA in neuen Fächerkombinationen sind es vor allem methodische



Neuerungen, die Raum gegriffen haben. Insgesamt sind die Kurse kompetenzorientierter, es wird mehr darauf geschaut was die Jugendlichen mitbringen und selbst wollen. Empowerment, Partizipation und vor allem selbstorganisiertes anwendungsorientiertes Lernen werden groß geschrieben.

Jugend-College als Chance

Als bedrückend empfinden alle Anbieter die Tatsache, dass es in Wien zurzeit zwar genügend PSA-Kurse gibt, viele Jugendliche aber monatelang auf einen Basisbildungskurs warten müssen. Abhilfe soll in Wien das seit September 2015 geplante Jugend-College bieten. Für das vorerst auf drei Jahre geplante Bildungsprojekt für 1.000 Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren müssen sechs Millionen Euro jährlich aufgebracht werden, wovon die Hälfte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kommen soll. Der Rest wird von MA 17, Arbeitsmarktservice Wien (AMS) und dem Fonds Soziales Wien (FSW) beigesteuert.

Als bedrückend empfinden alle Anbieter die Tatsache, dass viele Jugendliche monatelang auf einen Basisbildungskurs warten müssen.

Geplant war der Start für das Jugend-College für Jänner 2016, das Projekt konnte allerdings erst Ende März (Deadline 29. April) ausgeschrieben werden, so dass es kaum vor Schulbeginn im Herbst losgehen wird. Zielgruppe sind jeweils zur Hälfte Asylberechtigte und Jugendliche, die noch im Asylverfahren sind. Die TeilnehmerInnen sollen so weit kommen, dass sie „einen Schulplatz haben, eine Lehrstelle antreten, eine überbetriebliche Lehrausbildung, eine sonstige berufliche Qualifizierungsmaßnahme beginnen oder direkt in ein nachhaltiges Dienstverhältnis eintreten“ können. Neben Deutsch auf B1 Niveau soll je nach Bedarf Alphabetisierung, Basisbildung oder Pflichtschulabschluss angeboten werden.

Wichtig wären nach Meinung der PraktikerInnen neben SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen auch therapeutische Angebote für die oft unter posttraumatischen Belastungsstörungen leidenden jungen Flüchtlingen. Allerdings wird man hier weiterhin mit den bestehenden völlig überlasteten Strukturen das Auskommen finden müssen.

Problematisch wird die Situation für die Jugendlichen, wenn sie einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben, über 18 Jahre sind und es bis dahin noch zu keinem Schulabschluss geschafft haben. Dabei hat sich die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice (AMS) verbessert. Während früher oft Jugendliche aus Kursen herausgenommen und vom AMS zu anderen Maßnahmen verdonnert wurden, gibt es jetzt in Wien den sogenannten VHS-Basischeck, der ermöglicht, dass Jugendliche den Schulabschluss machen können bevor das AMS andere Maßnahmen anordnet. Nach der erfolgreichen Pflichtschulabschlussprüfung ist der Übergang von den Kursmaßnahmen zu einer konkreten

Berufsausbildung besonders schwierig, zumal es kein System gibt, sondern – wie so oft – nur einzelne Kursmaßnahmen wie BIDE – Bildungscoaching und berufsbezogene Deutschkurse oder die Arbeit engagierter NGOs wie Lobby 16. Sollten sich die Jugendlichen noch im Asylverfahren befinden, ist der Antritt einer Lehre nur in solchen Berufen möglich, die sich entweder auf der Liste der Mangelberufe oder der Berufe mit Lehrlingsmangel finden. Auch bedeutet ein erfolgreicher Pflichtschulabschluss nicht unbedingt, dass das Sprachniveau bereits ausreichend ist und die Anforderungen der beruflichen Praxis oder der Berufsschule gemeistert werden können. Hier müssen gezielt „Trainings on the Job“ oder ähnliche Methoden ansetzen.

Dass es in Wien mehr Angebote gibt als in den meisten Bundesländern, verstärkt den Trend, dass viele (junge) Flüchtlinge nach der Anerkennung in die Hauptstadt kommen, was neben dem Problem eine Wohnung zu finden auch dazu führt, dass diese vorhandenen Angebote nicht ausreichen.

Ob es gelingt, in ganz Österreich ein Integrationssystem von Schulen über PSA- und Basisbildungskurse bis zu Hilfestellungen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt sowie günstige Wohnmöglichkeiten zu schaffen, hängt von den zur Verfügung stehenden Mitteln und ihrer effizienten Verwendung ab. Ob man Geld für „Wertekurse“ ausgeben will oder ob gelebte Solidarität und gesellschaftliche Offenheit ein besserer Weg zu Integration wären, sollte zumindest diskutiert werden.

Für wen bauen wir die Zukunft?

Container, Traglufthallen und sogar Zelte mussten im vergangenen Jahr für die Unterkunft von neu ankommenden Flüchtlingen herhalten. Aber auch für anerkannte Flüchtlinge fehlt es an Wohnraum. Die Folge: Massenquartiere, Mietwucher und die Gefahr von Slums. Zeit sich wieder grundlegende Überlegungen über Planen und Bauen für die Zukunft zu machen.

Von Alexander Poschner und Carina Sacher

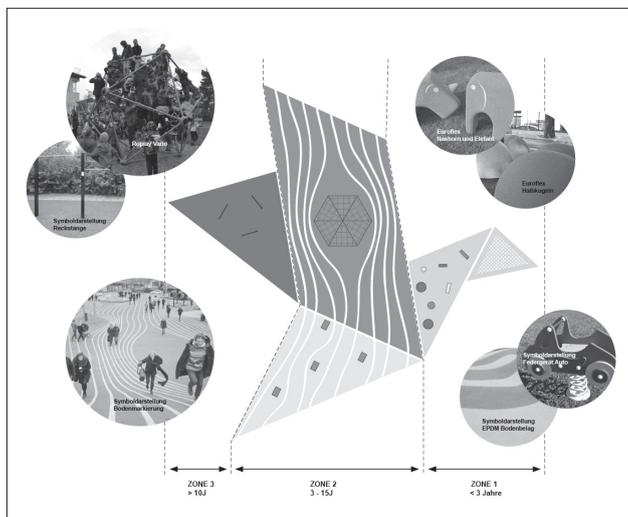
Das Aufgabengebiet der Architektur und Stadtplanung bewegt sich auf mehreren Maßstabsebenen und umfasst mehr als entwerfen, planen und bauen; vorausgesetzt, die raumproduzierenden Disziplinen sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Das erfordert Weitsicht in Bezug auf die Aufgabe, um im Kontext aktueller Tendenzen und Entwicklungen Herausforderungen zu bewerkstelligen. Denn: Wer heute baut, baut für die Zukunft. Projekte müssen über ihre Lebensdauer hinweg adäquater Lebens- und Wohnraum sein, der fähig ist, sich an Veränderungen anzupassen und sich weiterzuentwickeln.

Eine alternde europäische Bevölkerung, schrumpfende Regionen bei gleichzeitiger Verstädterung, leer stehende Ortszentren, Zersiedelung, Verdrängung sozial und finanziell benachteiligter BewohnerInnen infolge von Gentrifizierung von Stadtquartieren – all das sind seit längerem wichtige Themen für Architek-

tlInnen, Stadt- und RaumplanerInnen. Hinzu kommt das Fehlen von genügend leistbarem und zugänglichem Wohnraum in den Ballungsräumen, wie Wien. Während in den letzten Jahren verabsäumt wurde, hier Abhilfe zu schaffen, wuchs die Prekarisierung der Lebenssituation einer zunehmenden Zahl von Menschen.

Allein die langen Asylverfahren machen temporäre Wohnräume schleichend zu permanenten.





Eine Sammlung von Vorzeigeprojekten findet sich auf der in Entstehung befindlichen Datenbank www.amal-ankommen.org

Das Ankommen anerkannter Flüchtlinge am freien Wohnungsmarkt, hat die Diskussion über genügend leistbaren (Wohn-)Raum jetzt neu angekurbelt. Statt aber eine Bauoffensive für ausreichend leistbaren Wohnraum auszurufen, sehen wir uns mit einer Diskussion über die Kürzung der Mindestsicherung für Schutzberechtigte konfrontiert. Dies hat zur Folge, dass einerseits die Schwächsten der Gesellschaft gegeneinander ausgespielt und Konflikte angeheizt werden und, dass andererseits neue Obdachlosigkeit geschaffen wird.

Die Symptombehandlung der österreichischen und europäischen Asylpolitik riskiert, in einer Sackgasse ohne Umkehrmöglichkeit zu enden. Es fehlt ihr die nötige Weitsicht, die von einer verantwortungsvollen Politik erwartet wird. Eine derart kurzsichtige Vorgangsweise darf und kann nicht für den Wohn- und Lebensraum gelten. Nur langsam beginnen Konzepte realisiert zu werden. Gibt es keine guten Ansätze oder fehlt es an guten ArchitektInnen und StadtplanerInnen? Nein, es gibt sie: Das *Magdas Hotel* der Caritas und das *VOZO Café*

im Asylquartier in der Vorderen Zollamtsstraße in Wien, sind Vorzeigeprojekte. Aber es gibt sie in verschwindend geringer Zahl, weshalb sie auch ständig zitiert werden. Darüber hinaus finden sich Strategien und neue Konzepte in Entwürfen von Architektur-Studierenden, wie zum Beispiel im Studio *Auf der Flucht* von der Leibniz Universität Hannover oder *Home not Shelter* der TU Wien. *Displaced* von der TU Wien geht mit seinem Projekt in der Vorderen Zollamtsstraße, einem ehemaligen Transitquartier, das nun Asylquartier ist, in die direkte Auseinandersetzung mit der Thematik. Eine Sammlung von Vorzeigeprojekten findet sich auf der in Entstehung befindlichen Datenbank www.amal-ankommen.org. Es bleibt hier zu fragen: Fehlt es wiederum am politischen Willen, die ArchitektInnen Österreichs mit visionären und zukunftsweisenden Projekten zu beauftragen?

Temporäre Permanenz

Neben Akutlösungen wie Wohncontainern oder Traglufthallen, entstehen gleichzeitig Häuser und modulare Systeme in Holzbauweise als Asylquartiere. Sie werden mit ihrer temporären Verfügbarkeit am Standort, der nachträglichen möglichen Verschiffung in Krisengebiete und äußerst niedrigen Errichtungskosten – etwas mehr als die Hälfte von Wohncontainern – argumentiert. Während die Nutzung vom Baustoff Holz die lokale Industrie und den Arbeitsmarkt fördert, sind diese architektonischen Konzepte mit Vorsicht zu genießen. Ihr Erscheinungsbild des Temporären stigmatisiert die Wohnobjekte und ihre BewohnerInnen. Die einseitige Nutzung als temporäre Unterkunft macht sie zu wenig dauerhaften Wohnräumen. Allein die derzeitigen langen Asylverfahren machen temporäre Wohn-

räume schleichend zu permanenten. Außerdem haben derartige Konzepte kaum Aussicht auf eine zukünftige Umnutzung bzw. eine veränderte Bewohnerschaft.

Leistbares Wohnen für alle

Dass mehrgeschossiger Holzbau in innovativen Konzepten durchaus Zukunft im Wohnbau hat, wurde in Österreich bereits bewiesen. Dass damit höhere Kosten als bei der Errichtung von temporären Lösungen entstehen, ist gewiss. Wird jedoch soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie der gesellschaftliche Mehrwert berücksichtigt, sieht diese Rechnung schon anders aus. Denn wir benötigen nicht nur für Menschen mit Fluchthintergrund ausreichend leistbaren und zugänglichen Wohnraum, sondern auch für die steigende Zahl einkommensschwacher ÖsterreicherInnen, die sich nun am Wohnungsmarkt als Konkurrenz mit Schutzberechtigten sehen.

Der vom Bund beschlossenen, aber noch nicht gestarteten Wohnbauoffensive von einem Investitionsvolumen von 5,75 Milliarden Euro, die in den kommenden fünf bis sieben Jahren 30.000 neue Wohnungen zu bauen verspricht, fehlt bislang ein wichtiger Passus. Nämlich einer, der ein konkretes Kontingent zur Realisierung von innovativen, integrativen, gemischten und bezahlbaren Wohnbau-Pilotprojekten vorsehen würde.

Was bei Neubauprojekten nicht geschehen darf, ist die räumliche Konzentration von Randgruppen. Dabei zeigen internationale und historische Beispiele die gesellschaftlichen und stadträumlichen Auswirkungen dieser sozialen Ausdifferenzierung. Die Alternative ist kleinteilige Unterbringung und soziale Durchmischung, in der Stadtforschung als „pepper-potting“ bekannt.

Aktivierung von Leerstand und Umwidmungen

Andere wichtige Potenziale für leistbaren Wohnraum liegen in der vorhandenen Baustruktur, wo Leerstand aktiviert, Gebäude saniert und wohnfremde Immobilien umgewidmet werden müssen. Vereinzelt initiativ gestartete Projekte weisen mögliche Wege. So zum Beispiel ein vor drei Jahren in einem Musikclip präsentiertes leerstehendes und zum Abriss freigegebenes Wohngebäude in einer der luxuriösen Wohngegenden Münchens. Es werfe ein schlechtes Licht auf die Stadt, so die MusikerInnen, wenn hier Luxuswohnungen entstehen würden. Die Stadtverwaltung wendete die Ruder. Mit einem Erbbaurecht von 40 Jahren wurden in der Müllerstraße unter dem Projektnamen *Bellevue di Monaco* 14 Wohnungen für Menschen mit Fluchthintergrund geschaffen. Ein kleiner Beitrag in der Wohnraumschaffung, allerdings ein wichtiger in der notwendigen sozialen Durchmischung der Bevölkerungsstruktur.

Abschottung und Ausgrenzung befriedigen vermeintlich kurzfristige Ängste und Befürchtungen einer verunsicherten Bevölkerung. Auf lange Sicht entziehen sich Gesellschaften damit jeglicher Chance auf kulturelle Vielfalt und damit auch auf dynamisch, kreative Impulse für die Zukunft. Wollen wir uns die Zukunft nicht verbauen, müssen die globalen Wanderbewegungen und die Zuwanderung als Chance erkannt werden. Dies fordert uns auf, die Zukunft neu zu denken, und hier – in Anbetracht der anfangs angesprochenen Herausforderungen in der Architektur und Stadtplanung – andere Möglichkeiten wahrzunehmen und Ansätze grundlegend neu auszuprobieren.

Wenn wir Zukunft bauen, bauen wir für alle.

Sicherheitsproblem Flüchtlinge?



Dr. Arno Pilgram ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie, das er von 2000 bis 2004 leitete.

Im März wurde der Sicherheitsbericht für das Jahr 2015 vorgelegt. Ein Jahr in dem über 88.000 Menschen in Österreich um Asyl angesucht haben. Die vorgelegten Zahlen von Anzeigen und Verurteilungen, die AsylwerberInnen betrafen, wurden von den Medien höchst unterschiedlich gedeutet. Eine wissenschaftliche Lesehilfe. Von Arno Pilgram

Flüchtlinge werden derzeit als die große Herausforderung für europäische Gesellschaften betrachtet. Darüber ist die Einigkeit noch leicht herzustellen. Worin die Herausforderung und dementsprechend die Lösung besteht, wird jedoch unterschiedlich beantwortet. Die jüngsten Daten aus der Polizeistatistik und dem Sicherheitsbericht scheinen zu bestätigen, dass wir vor allem ein Sicherheitsproblem haben und nach polizeilichen und strafrechtlichen Antworten suchen müssen.

Schlagzeilen wie „Jeder zweite Asylwerber wird angezeigt“ (die Presse vom 8.3.) und Fallgeschichten der Kriminalberichterstattung in den Kleinformaten suggerieren das Auftreten einer neuen Höchststrisikogruppe für die innere Sicherheit. Der jüngste statistische Kriminalitätsbericht des BMI scheint diese Wahrnehmung zu unterfüttern. Sie gehört jedoch in mehrfacher Hinsicht zurechtgerückt. Dazu muss man sich zum einen mit den Tücken der polizeilichen Kriminalstatistik, zum

anderen auch mit der Lebenswelt auseinandersetzen, welche durch die konkrete Asyl- und Integrationspolitik und -praxis geschaffen wird.

Kleines kriminalstatistisches Alphabetisierungsangebot

Tatsache ist, dass die Kategorie „Asylwerber“ in der polizeilichen Kriminalstatistik nicht klar definiert ist. Das trifft auch die einzelnen BeamtInnen, welche die Kriminalstatistik zu erstellen haben. Sie verfügen über keine verbindliche Anleitung für den Gebrauch der Kategorie. Eine kleine systematische Umfrage unter den „Erzeugern“ der Statistik im kriminalpolizeilichen Alltag belegt, dass unter dem Begriff „Asylwerber“ von einigen Befragten auch Personen subsummiert werden, deren Verfahren ohne Anerkennung als Flüchtling abgeschlossen ist, die aber geduldet und nicht abgeschoben oder nicht abschickbar im Lande verbleiben. Von manchen werden auch Personen unter die

Kategorie „Asylwerber“ gereiht, die bereits den Asylstatus und Konventionspass erhalten haben. Für Personen, die vorläufigen und eingeschränkten Schutz genießen, sowie für anerkannte Flüchtlinge hält die polizeiliche Kriminalstatistik gar keine eigenen Zählkategorien bereit. Die Statistik verlangt von den BeamtInnen aber eine Zuordnung zu einer von acht oft allesamt unpassenden Aufenthaltsstatuskategorien, neben „Asylwerber“ entweder zu „Arbeitnehmer“, „Selbständig“, „Schüler/Student“, „ohne Beschäftigung“, „in Familiengemeinschaft mit ÖsterreicherIn“, „Tourist“ oder „nicht rechtmäßig aufhältig“. Zuordnungsfehler sind bei einer solchen Liste unvermeidbar und den PolizeibeamtInnen nicht einmal vorwerfbar.

Es werden also mehr Tatverdächtige unter „Asylwerber“ gezählt, als es tatsächlich solche sind. Dies ist ein erster Grund, weshalb der Bezug der Tatverdächtigen auf die Zahl der AsylantragstellerInnen oder der Personen in der Grundversorgung die Kriminalitätsbelastung der Gruppe überzeichnet.¹ Ein weiterer Grund liegt in Zählregeln der polizeilichen Kriminalstatistik.

Diese Zählregeln der Kriminalstatistik benachteiligen Gruppen, in denen es Minderheiten gibt, die während eines Berichtsjahres mehrfach auffällig werden. Wenn unter „Asylwerbern“ eine Gruppe existiert, die exponiert immer wieder minder schwere Straftaten begeht, so schlägt sich das in mehrfachen Anzeigen an die Staatsanwaltschaft nieder. Zwar wird eine Person nur einfach gezählt, wenn ihr mit einer Anzeige mehrere Straftaten gleicher oder unterschiedlicher Art zur Last gelegt werden. Wenn es aber im Lauf des Jahres zu weiteren Anzeigen an eine andere oder auch an dieselbe Staatsanwaltschaft kommt, so wird nicht berücksichtigt, dass diese Person zuvor schon als tatverdächtig

registriert wurde. Sie wird ein weiteres Mal gezählt. Finden sich in einer Population von 100 Personen zehn Personen, die im Berichtszeitraum fünfmal angezeigt werden, meldet die Kriminalstatistik 50 und nicht zehn Tatverdächtige, also jeden Zweiten und nicht jeden Zehnten der Gruppe. Die besondere Präsenz von „Asylwerbern“ unter den wegen geringfügiger Drogen- oder Eigentumsdelikte Tatverdächtigen legt nahe, dass sich hier unter den polizeilich registrierten TäterInnen überdurchschnittlich oft Mehrfachgezählte befinden. Dies belastet die „Asylwerber“ als gesamte Gruppe mit Kriminalitätsverdacht, ist aber bloß statistisches Artefakt.

Verzerrende Relationen

Eine andere Verzerrung entsteht, wenn man die Zahl der angezeigten „Asylwerber“ nicht wie eben auf Asylanträge oder den Personenkreis in der Grundversorgung bezieht, sondern auf die Gesamtsumme tatverdächtiger Personen bezieht. Dabei erscheint der Anteil der „Asylwerber“ unter den StraftäterInnen stets ungleich höher als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Diese Relation unterschlägt, dass in der Gesamtbevölkerung der Prozentanteil von Männern zwischen 18 und 40 Jahren etwa 16 % beträgt, unter den AsylwerberInnen hingegen bis zum Vierfachen. Bei einer einfachen statistischen Hochrechnung, welche Zahl von polizeilich Tatverdächtigen in Österreich zu erwarten wäre, wenn hierzulande zwei Drittel der Bevölkerung Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren lebten, kommt man auf einen Erwartungswert von rund 580.000 statt der gegenwärtig 250.000 angezeigten Personen. Im Lichte dessen erscheint der Anteil von „Asylwerbern“ unter polizeilich ermittelten Straftätern schon ungleich weniger überproportional.

¹ Beide Größen, AsylantragstellerInnen und Personen in der Grundversorgung, sind allenfalls Näherungswerte für die Zahl der im Bundesgebiet lebenden AsylwerberInnen, beide Zahlen werden aber mangels besserer Daten immer wieder dafür herangezogen.

Um diese Rechenübungen zusammenzufassen: Sollte die reale Zahl der polizeilich registrierten straffälligen AsylwerberInnen tatsächlich aufgrund von Mehrfachzählungen nur halb so hoch sein wie ausgewiesen und sollte die Gruppe der Tatverdächtigen von der Polizei als „Asylwerber“ kategorisiert werden, tatsächlich doppelt so groß sein wie die Zahl von AsylwerberInnen in der Grundversorgung, könnte eine zahlenunterlegte Schlagzeile wie „Jeder achte Asylwerber wird angezeigt“ Seriosität beanspruchen.

Eine solche Anzeigenbelastung findet sich auch in „ganz normalen“ Populationen in der österreichischen Gesellschaft. Die Kriminalstatistik des Jahres 2014 zeigt z.B., dass bei Männern in der Altersgruppe der 14- bis 25-Jährigen auf 560.000 Bewohner 70.000 Strafanzeigen fallen, d.h. ebenfalls eine auf acht Personen.

Könnte man in der österreichischen Bevölkerung junge Männer ohne Beschäftigung und Einkommen vorfinden, ohne Tagesstruktur und familiäre soziale Kontrolle, in geschlossenen Kollektiven und zu einem Leben ohne greifbare Anerkennungs- und Integrationsperspektive gezwungen – in einer der AsylwerberInnen vergleichbaren Lage also – und könnte man sie kriminalstatistisch vermessen, um wie viel desaströser wäre das Ergebnis?

Jenseits der Zahlen, die Sehschule Empathie

Ehe man also in den AsylwerberInnen eine aufgrund vermeintlicher kultureller Defizite „hyperkriminelle“ Gruppe erkennt, sollte man sich neben den Zahlen auch noch einmal die Situation von AsylwerberInnen vergegenwärtigen. Man stelle sich monate-, oft jahrelange unentschiedene Anerkennungsverfahren vor, eine Grundversorgung zwar mit dem Lebensnotwen-

digsten, aber beschämendem Taschengeld von 40 Euro monatlich, Ausschluss von regulärem Erwerb, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, minimale Spracherwerbs-, Bildungs- und Freizeitangebote, allenfalls Schuldenlasten von der Flucht, Erwartungen von sozialem und materiellem Erfolg und von Gegenleistungen für die Unterstützung der Flucht bei zurückgelassenen Angehörigen etc. Es ist dies keine Situation, welche vor dem Abgleiten in Kriminalität schützt.

Apropos „Abgleiten in Kriminalität“: Das klingt nach Abkehr von der Aufnahmegesellschaft, nach Ablehnung von bzw. nach Feindlichkeit gegenüber geltenden Werten und Gesetzen, nach der Verfolgung von Eigeninteressen ohne Rücksicht auf Folgen für die Gesellschaft. Es ist aber auch eine andere Sichtweise möglich. Kriminalität kann als der Versuch verstanden werden, sich einen gesellschaftlichen Platz zu sichern, sich sozial zu integrieren – so paradox sich das anhören mag. Nicht nur ein besseres als das notdürftige Überleben zu sichern, sondern auch eine nachgefragte und anerkannte Leistung – und sei es durch Kriminalität – zu erbringen, ist ein mögliches soziales Motiv hinter manchen polizeibekanntem Straftaten. Darunter sind solche, die in der Kriminologie als „Delikte ohne Opfer“ bezeichnet werden.

Hier kommt es zu konsensuellen Handlungen, wie etwa beim Verkauf und Kauf von weichen Suchtmitteln für einen de facto bereits legalisierten Konsum. Für diese Mittel gibt es trotz erhebliche Nachfrage keinen regulären Markt.

Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass sich in der polizeilichen Kriminalstatistik die Kreise von Tätern und Opfern zum Teil stark überschneiden. AsylwerberInnen sind prädestiniert Kriminalitätsoffer zu werden und selbst als solche noch in der

Statistik eher als Täter aufzuscheinen. Im Falle von Raufhändeln, bei denen die bloße Teilnahme strafbar ist, oder im Falle von Körperverletzungen, die häufig nicht nur bei einem Involvierten passieren, finden sich oft auch einzelne oder beteiligte Gruppen in der Kriminalstatistik, von denen ein Konflikt nicht seinen Ausgang genommen hat. In Großquartieren, in unstrukturierten Situationen, bei beschränkter sprachlicher Kompetenz und unter Belastung Konflikten aus dem Weg zu gehen, nicht Täter, Opfer oder beides zu werden, ist eine Anforderung, der sich andere gesellschaftliche Gruppen einfach seltener zu stellen haben.

Eine andere Konstellation, in der Täter- und Opfersituation zusammenfallen, kann sich auch durch eine im Zuge der Flucht eingetretene Abhängigkeit von Gläubigern ergeben. Wer eine Schuld als HandlangerIn von verbotenen Geschäften abzutragen hat, wird sich für solche Gefälligkeiten gelegentlich in der Statistik der Tatverdächtigen, in der Regel aber nicht auch als Opfer in der Statistik von Erpressung oder Wucher wiederfinden. Auf Anzeigen solcher Viktimisierungen bei der Polizei werden sich AsylwerberInnen wohl eher nicht einlassen können.

Fazit

Die österreichische Wohnbevölkerung wächst, vor allem in den Städten, und sie tut dies fast ausschließlich aufgrund von Zuwanderung. Die Zahlen angezeigter Straftaten sind seit einigen Jahren tendenziell rückläufig, jene der tatverdächtigsten Personen nehmen dagegen insgesamt leicht zu. Die Zunahme bei den Tatverdächtigen beschränkt sich fast zur Gänze auf ausländische Staatsangehörige, nicht anders als dies bei der Bevölkerungsentwicklung der Fall ist. Zwar ist die Zunahme

bei den Tatverdächtigen fremder Nationalität insgesamt etwas stärker als das Bevölkerungswachstum durch MigrantInnen. Das hat zum einen damit zu tun, dass die MigrantInnenpopulation anders als die heimische zusammengesetzt ist (nicht zuletzt ist sie jünger und „männlicher“). Zum anderen berücksichtigt die Bevölkerungsstatistik nicht die steigende Zahl von AusländerInnen, die in Österreich präsent sind, ohne zur niedergelassenen Bevölkerung gezählt zu werden.² Hinzugefügt werden muss, dass die Zahlen der schließlich tatsächlich strafgerichtlich Verurteilten – anders als die der Tatverdächtigen – hinter der Zunahme der Ausländerwohnbevölkerung sehr deutlich zurückbleiben. Es existieren also banalste Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Kriminalitäts- bzw. Anzeigenentwicklung, was nur jene überraschen oder entrüsten kann, die an „Ausländer“ höhere Konformitätserwartungen richten, als „wir“ sie selbst zu erfüllen in der Lage sind.

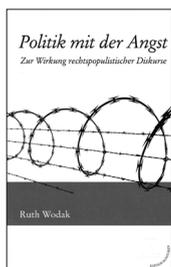
Wenn sich unter den ZuwanderInnen heute mehr Flüchtlinge finden, wird deren Anteil unter den Tatverdächtigen absehbar zunehmen. Es zeichnet sich ab, dass sich daran eine öffentliche Debatte über Migration, Grenzen, Gefährdung der Sicherheit sowie Abschreckung durch soziale Diskriminierung und Strafen entzünden wird. Erleichtert wird diese Debatte durch (behebbarer) Mängel in der Kriminalstatistik sowie das Fehlen differenzierter Daten zur Flüchtlingspopulation. Dass die Debatte auf der Basis unzulänglicher und irreführender Zahlen geführt wird, stört vielleicht deshalb nicht, weil sie willkommen ist, um Empathie für Flüchtlinge zu diskreditieren. Flüchtlinge aber verdienen einen Blick auf ihre Situation und unseren Beitrag dazu, auch wenn es unter ihnen Straffällige gibt, egal wie viele nun wirklich.

² Die im Vergleich zum Bevölkerungswachstum überproportionale Zunahme der Tatverdächtigsten ausländischer Staatsbürgerschaft konzentriert sich vor allem auf einen kurzen Zeitraum von zwei Jahren, 2008 bis 2010. Ein Zusammenhang mit Finanzkrise und zweiter EU-Osterweiterung drängt sich hier auf.

Ich will mich nicht an ertrinkende Menschen gewöhnen!

Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak gehört zu den profundesten AnalytikerInnen rassistischer Diskurse. Als Kind jüdischer Flüchtlinge in England geboren, hat sie auch einen starken persönlichen Bezug zu Thema. Wir haben sie gefragt welche Bilder und Deutungsrahmen in der Auseinandersetzung über Schutzsuchende in den letzten Monaten wirkmächtig geworden sind.

Das Interview mit Ruth Wodak führte Herbert Langthaler.



Ruth Wodak ist Professorin an der Lancaster University (Großbritannien) und die Universität Wien. 1996 erhielt sie als erste Frau und Sozialwissenschaftlerin den Wittgenstein-Preis für SpitzenforscherInnen. Soeben ist ihr neues Buch „Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse“ (200 Seiten, € 29,80) bei der Edition Konturen erschienen.

aa: Was macht der Diskurs mit der Gesellschaft? In welchem Verhältnis stehen Diskurse und gesellschaftliche Realität.

RW: In der Diskursforschung konnten und können wir schlüssig aufzeigen, dass Sprache und Kommunikation die Wahrnehmung der Wirklichkeit beeinflussen und gleichzeitig die Wirklichkeit manifestieren. Es gibt also eine Wechselwirkung; es ist keine Widerspiegelung, wie man lange geglaubt hat, sondern eine wechselseitige Beeinflussung. Wie ich bestimmte Phänomene beschreibe, welche Begriffe ich verwende – all dies trägt zu ihrer Bewertung und Wertung bei. Gleichzeitig schlägt sich in der Sprache nieder, wie sich die Wirklichkeit verändert. Diese Wechselwirkung steht im Zentrum unserer Forschung. In ganz unterschiedlichen Bereichen, ob in der Arzt-Patient-Kommunikation oder bei der Kommunikation in der Schule oder in der Frage, wie man mit Integration und Sprache umgeht oder eben auch bei dem Versuch zu verstehen, warum Politiker

und Politikerinnen Schwierigkeiten haben, mit dem Phänomen „Flüchtlingssituation“ umzugehen. Ich vermeide in diesem Zusammenhang bewusst den Begriff „Flüchtlingskrise“, weil ich glaube, dass es sich um eine Krise der Politik und nicht der Flüchtlinge handelt. Da sieht man, wie unterschiedliche Verwendungen von Sprache und Begriffen unterschiedliche Wahrnehmungen auslösen können.

Es gab ja ähnliche Phänomene vor 25 Jahren. Gibt es da Muster, die jetzt wiederkehren?

Wir haben schon 1989/90 in einem großen Projekt erforscht, wie und warum die öffentliche Stimmung umschlug, sobald die ehemaligen Ostblockstaaten Demokratien geworden waren und es sich bei den Flüchtlingen nicht mehr um Dissidenten aus dem Kommunismus handelte, sondern um osteuropäische Bürger und Bürgerinnen. Damals, Weihnachten 1989/90, schlug die Stimmung von einem Mitleids-

diskurs, beispielsweise mit den armen rumänischen Waisenkindern, signifikant in einen Ausgrenzungsdiskurs um: „Wir wollen die nicht. Die sollen zu Hause bleiben. Wir haben unser Land auch selbst aufgebaut, die sollen ihres auch selbst aufbauen. Die wollen hier nur die soziale Hängematte.“ – solche Äußerungen gab es viele. Begriffe wie „Sozialschmarotzer“ tauchten auf, auch der Slogan „das Boot ist voll“ ist damals schon von gewerkschaftlicher Seite verwendet worden.

1989/90 wurden also ganz ähnliche xenophobe und auch ökonomistische Argumente verwendet, wie jetzt. Diese waren damals allerdings nicht so sehr religiös bestimmt, sondern national, gegen die Rumänen, gegen die Ungarn, gegen die Tschechen und gegen die Polen. Es gab allerdings auch große Unterschiede je nachdem, welche Nähe oder Distanz man schon in der Monarchie zu diesen Ländern gehabt hatte. Die Ungarn etwa wurden nicht so stark und explizit ausgegrenzt wie die Rumänen. Letztlich gab es einen sehr ähnlichen Diskurs und auch die politischen Auswirkungen waren ähnlich. Es war der Beginn des Aufstiegs der Haider-FPÖ und das Volksbegehren „Österreich zuerst“ war so gesehen eine Reaktion auf die Öffnung des Eisernen Vorhangs; das darauffolgende „Lichtermeer“ 1993 ebenso.

Wenn man zurückblickt, sieht man, dass heute viele Punkte aus dem Volksbegehren „Österreich zuerst“ in der Fremden-gesetzgebung umgesetzt wurden. Das heißt – und das behaupte ich auch in meinem rezenten Buch –, dass es zu einer „Normalisierung nach Rechts“ geführt hat. Vieles, was uns alle damals empört hat – das Lichtermeer war ja die größte Kundgebung im Nachkriegs-Österreich mit 300.000 Menschen – wird inzwischen akzeptiert. Man ist in gewisser Weise



abgestumpft und hat sich an vieles gewöhnt, außer es passieren ganz schreckliche „Sager“. Letztlich hat sich diese Willkommenskultur, die es in Österreich vor dem Fall des Eisernen Vorhangs tatsächlich gab und die auch noch während des Bosnienkrieges bestand, wirklich verändert.

Es war ja interessant, dass das damals gleichzeitig stattgefunden hat. Die enorme Hilfsbereitschaft, mit der die Menschen Flüchtlinge aus dem Bosnienkrieg aufgenommen haben, und parallel dazu der Beschluss der restriktiven Gesetze, die ja auch mit der entsprechenden Propaganda durchgebracht wurden.

Es hat keine vehemente Ablehnung bosnischer Flüchtlinge gegeben, diese waren ja auch „Nachbarn“. Viele GastarbeiterInnen

hatten sich seit den 1960er Jahren in Österreich niedergelassen, es gab eine Affinität zur Kultur und zur Sprache, der Krieg spielte sich vor unserer Haustüre ab, es gab einen intensiven grenzübergreifenden Austausch.

Heute ist das ganz anders. Es wird mit dem Bild des „Clash of Cultures“ operiert. Man muss da auf den populistischen Titel von Samuel Huntington zurückgreifen, der suggeriert, dass es in diesem Zusammenhang abgegrenzte geschlossene Entitäten gibt: Eine Kultur ist so und die andere ganz anders, und die „clashen“ dann notwendigerweise aufeinander. Dieses Bild hat damals noch keine so große Wirkung zeitigt.

Die Leute, die jetzt zu uns flüchten, werden als ganz anders wahrgenommen, als bedrohlich, denn sie glauben an eine andere Religion, sie werden als potentielle TerroristInnen abgestempelt. Es existiert eine ganze Bandbreite von Stereotypen, die hier angewendet werden. Wichtig ist jetzt die Religion: denn die meisten Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind Muslime/Musliminnen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass es innerhalb des Islams große Unterschiede gibt; so wie in jeder Religion gibt es eher fundamentalistische und es gibt säkulare Strömungen, man kann also nicht alles über einen Kamm scheren. Aber jenen, die diese Diskurse in die Welt setzen, geht es meist um Simplifizierung und nicht um Differenzierung.

Ein jetzt, vor allem seit dem Jahreswechsel sehr stark auftauchender Topos sind die „notgeilen jungen Muslime“. Das ist ja etwas, das schon in der F-Skala von Theodor Adorno als „übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen“ vorkommt. Wo kommt diese Diskursfigur her?

Die Diskursfigur des sexuell gefährlichen Anderen ist eine archaische Figur und ein biologistisches Stereotyp. Die sexuelle Potenz wird mit einer sexuell übermächtigen Person in Zusammenhang gebracht, wie schon von Adorno und seinen MitarbeiterInnen und von der Psychoanalyse beschrieben. Wenn man historisch nachforscht, wurden Juden von den Nazis als gefährliche Verführer der „deutschen Frau“ konstruiert; in diesen Diskursen ging es um die sogenannte „Zersetzung“ der arischen „Rasse“ durch eine Beziehung zu nicht-arischen Personen. Ehen mit Juden und Jüdinnen wurden dann zwangsweise geschieden. Es gab auch schon vor Jahrhunderten das Bild der verführerischen Muslimin und der verführerischen gefährlichen Jüdin, etwa in *1000 und eine Nacht* oder in der *Jüdin von Toledo*. Besonders betroffen von diesen archaischen rassistischen Vorurteilen sind schwarze Männer. Die Segregation und Unterdrückung schwarzer Menschen in den USA und anderen Sklavengesellschaften beruhten auch darauf, dass schwarze Männer als wesentlich potenter wahrgenommen wurden. Es ist dies also ein altes Vorurteil, auf das jetzt zurückgegriffen wird. Gleichzeitig gibt es eine schlimme Ethnisierung von Gewalt, zum Beispiel in den USA, wo Menschenrechtsorganisationen wie die NGO „Black Live Matters“ vehement gegen das Erschießen unschuldiger, junger, schwarzer Männer auftritt.

Dass in Köln und anderen deutschen wie schwedischen Städten massives Unrecht und Gewalt gegen Frauen ausgeübt wurde, wird wohl niemand bestreiten. Alle Fakten liegen noch nicht am Tisch – klar ist jedoch, dass es gewaltsame Übergriffe auf Frauen gab und dass einige Migranten und Flüchtlinge aus Nordafrika daran beteiligt waren. Wer in Nordafrika als Frau

allein gereist ist, weiß, dass man fast ununterbrochen belästigt wird. Die Schlechterstellung der Frau ist dort zweifelsohne seit Jahrhunderten vorhanden, aber natürlich nicht nur dort – in allen Religionen sind Frauen weniger wert und schlechter gestellt (gewesen). In Bezug auf „Köln“ wurde – so denke ich – eine Straftat vehement politisch und medial instrumentalisiert.

Es gibt also mehrere Ebenen, die zu unterscheiden sind: Natürlich sind wir gegen sexuelle Übergriffe – und dankenswerterweise gibt es seit 1. 1. 2016 endlich auch in Österreich ein strengeres Gesetz gegen sexuelle Belästigung; aber man sollte der Instrumentalisierung von „Köln“ genau nachgehen und untersuchen, wie und warum es seit Silvester den Rechtspopulisten in Deutschland gelungen ist, die Stimmung einer Willkommenskultur schlagartig zu verändern. Das kann man an den rezenten regionalen deutschen Wahlergebnissen ablesen, die sehr polarisiert sind: Einerseits hat die AfD in Sachsen aus dem Stand 24 % erreicht, andererseits haben die Grünen und die SPD gewonnen. Ich greife auch in meinem neuen Buch *„Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse“* auf Adorno und seine Theorie des „Autoritären Charakters“ zurück, denn diese ist meiner Meinung nach immer noch aktuell: Xenophobie, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Islamfeindlichkeit machen zusammen ein Syndrom aus.

Im Sommer des vergangenen Jahres gab es bis in den Boulevard hinein eine positive Berichterstattung und bis heute eine große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Was hat sich hier im Diskurs getan?

Es ist sehr viel passiert – ich muss etwas

ausholen und dennoch stark verkürzen: Es gab in Österreich seit 2014 zunächst ein Vorspiel, eine vehemente und langwierige Diskussion darüber, welches Bundesland wie viele Flüchtlinge aufnehmen kann und muss. Die Politik hatte hier unglaubliche Probleme, die Landeshauptleute haben sich gegen die Vorgaben des Bundes gewehrt. Abgesehen von Wien.

Unseren Analysen zufolge beginnt der Diskurs zu eskalieren, als im April/Mai 2015 Bürgermeister Andreas Babler (Traiskirchen) an die Öffentlichkeit ging und feststellte, dass in Traiskirchen die Zustände unerträglich seien. Bis zu diesem Zeitpunkt ging es vor allem um einen Kampf um Zahlen – „da kann man 200 unterbringen, das sind dann 1,5 %, usw.“ – die Zahlenargumente standen im Mittelpunkt. Dann kam Traiskirchen massiv in die Medien. Und dies hat nicht mehr aufgehört. Wir untersuchen derzeit in einem Forschungsteam in einem vom FWF geförderten Projekt die gesamte Berichterstattung zur Flüchtlingssituation im Jahr 2015.

Traiskirchen ist im Frühjahr 2015 ins Zentrum der Berichterstattung gerückt und ab diesem Zeitpunkt wurde täglich berichtet mit immer schrecklicheren Bildern. Im Juni und Juli 2015 wurde das Flüchtlingsthema kurzfristig von der „Griechenlandkrise“ überlagert. Nach dem Referendum in Griechenland Anfang Juli kam „Traiskirchen“ (als Metonym für die unbewältigte Flüchtlingssituation) wieder in die Schlagzeilen. Es entwickelte sich eine vehemente politische Auseinandersetzung: Länder gegen Regierung, der Traiskirchner Bürgermeister gegen das Innenministerium und Rot gegen Schwarz. Das war alles verschränkt und polarisiert; draufgezahlt haben natürlich die Flüchtlinge. Gleichzeitig gab es eine große Welle der Hilfsbereitschaft; die Medien, vor allem das



„Dies als Teil der europäischen Realität zu akzeptieren, ist resignativ, ja zynisch.“

Fernsehen, berichteten viel über das Leid der Flüchtlinge.

Und dann kam die Grenzpolitik Ungarns, trotz der schrecklichen Bilder von Parndorf und Bodrum. Die internationalen Zahlungen an die Flüchtlingslager im Libanon und in Jordanien blieben aus bzw. wurden stark herabgesetzt; mit ein Grund für steigende Flüchtlingszahlen. Die folgende Auseinandersetzung mit Ungarn war ein politisch geführter Konflikt: Merkel und Faymann gegen Orbán. Zwei ganz unterschiedliche Strategien einer Flüchtlingspolitik prallten aufeinander. Letztendlich kam die Grenzöffnung von Österreich und Deutschland, und eine große Welle der Hilfsbereitschaft. Das waren Alternativen zu den Bildern aus Ungarn, von den schrecklichen Lagern und den vollen Zügen. Der herrschende Diskurs lautete: „Orbánpolitik wollen wir nicht“, „Wir sind anders“, die ÖBB fährt, Österreich ist mobilisiert, Deutschland öffnet sich, usw.

Als sich aber im Oktober die Frage stellte, wie man weiter vorzugehen hat, begann der Gegendiskurs, getragen

vor allem von der FPÖ, aber auch von manchen ÖVP-Politikern, immer stärker zu wirken. Man sollte also auch in Österreich auf die Orbán-Linie einschwenken: „Grenzen zu“ auch in Österreich, Zäune sollten gebaut werden; immer wieder wurden falsche Gerüchte über Supermarktüberfälle, Vergewaltigungen und andere kriminelle Handlungen gestreut. Dies spitzte sich besonders vor der Wien-Wahl im Oktober 2015 zu, es standen sich FPÖ und SPÖ gegenüber: Die Wiener SPÖ betonte die besondere offene „Haltung Wiens“ – „Wien ist anders“. Es kam zur Polarisierung zwischen zwei Bildern und entgegengesetzten Diskursen: Bedrohungsszenarien auf der einen Seite und die Willkommenskultur auf der anderen Seite.

Bei den Wahlen in Oberösterreich kurz vor der Wiener Wahl zieht die FPÖ in die Landesregierung ein: Rot/Blau im Burgenland und Schwarz/Blau in Oberösterreich. Eine Normalisierung rechter Politik findet statt und in vielen Punkten die Anpassung an die geforderten Grenzziehungen. In unseren Analysen zeigt sich, dass in den Mainstreamparteien die Angst immer größer wird, dass man mit einer liberalen und menschengerechten Asylpolitik notwendigerweise Wahlen verliert, trotz der Ergebnisse der Wiener Wahl und vieler Erfahrungen seit 1989 (Rechts übernehmen hat noch nie Stimmen gebracht!). Nur der Wiener Bürgermeister Häupl und die Wiener SPÖ hielten und halten auch jetzt noch dagegen.

Natürlich muss man in dieser kurzen Zusammenfassung der Geschehnisse auch noch die europäische Ebene einbeziehen: keine Einigungen wurden in den europäischen Institutionen erzielt in Bezug auf die Flüchtlingssituation bzw. getroffene Einigungen wurden nicht umgesetzt. Wenn es gelungen wäre, die Entscheidungen und

Beschlüsse in Europa auch umzusetzen, schaute es heute vielleicht anders aus. 2016 ist die Regierung schließlich umgeschwenkt auf „Obergrenzen und Richtwerte“, „Zäune und Grenzschießungen“. Damit wurde letztlich die FPÖ-(und Orbán) Politik aufgegriffen und umgesetzt.

Was waren im Sommer die ausschlaggebenden Bilder für diese positive Stimmung?

Parndorf (die in einem Lastauto erstickten Flüchtlinge), das ertrunkene Kind in Bodrum, die Bilder von den ungarischen Lagern, vom Budapester Bahnhof Keleti, von Röscke und so weiter. Das waren Bilder, die sogar – kurzfristig – den britischen Premier beeindruckt haben. Cameron hat nach Bodrum erklärt, dass bis 2020 20.000 Flüchtlinge in Großbritannien aufgenommen werden sollen. Österreich hat 2015 tatsächlich sehr viel geleistet und es ist schade, dass die Herrn Konrad und Kleinschmidt nicht mehr zu Wort kommen und aus der medialen Öffentlichkeit verschwunden sind, trotz ihrer Funktion als Berater der Innenministerin.

Wir hatten also diese starken Bilder, aber was war der Frame, was war der Deutungsrahmen, in dem diese Ereignisse wahrgenommen und diskutiert wurden? War es Mitleid, das im Sommer vorgeherrscht hat?

Nein, der Frame war Menschenrecht, Genfer Flüchtlingskonvention, Hilfe für Kriegsflüchtlinge, wir können Italien und Griechenland nicht im Stich lassen – also auch Solidarität war ein Frame. Es drehte sich um das Einhalten menschenrechtlicher Verpflichtungen, um Würde, aber auch um die EU-Charta. *Refugees Welcome* – dieser Slogan bezog sich auf solche Frames. Das sind Werte, die im EU-Verfassungsvertrag

enthalten sind. Es gab auch einen Rückgriff auf die rezente Geschichte: Der Topos der Geschichte war in der britischen Presse stark vertreten – ich war damals in England. Der Kindertransport 1938 wurde als Bild und Argument immer wieder evoziert. In England sind die Kindertransporte noch immer sehr präsent, die Rettung von jüdischen Kindern aus Österreich und der Tschechoslowakei 1938/39.

Auch meine Eltern haben den Krieg als Flüchtlinge in England überlebt, ich selbst bin dort geboren. Ich habe eine Flüchtlingsbiographie, deshalb berührt mich die heutige Situation persönlich sehr. Ich finde die gängige Enthistorisierung, das Ausblenden und Vergessen von vergangenen Kriegen und von Fluchtschicksalen sehr traurig und auch bedenklich. Damals war Krieg; heute sind es unglaublich reiche Länder und unsere Regierungen spielen – so sehe ich das – ein schäbiges Spiel. Der Bezug auf die Vergangenheit war im Sommer zumindest in ganz Westeuropa präsent. Die Bilder von Parndorf haben dazu beigetragen; denn die Bilder aus Lampedusa und den griechischen Inseln hatte man schon jahrelang gesehen und beiseite geschoben; aber Parndorf, Ungarn, Bodrum einerseits, und Köln andererseits haben auf ganz unterschiedliche Weise starke und mächtige Bilder mit großer Wirkung evoziert.

Es war auch unser Eindruck, dass es weniger um Mitleid, sondern um eine sehr politisierte Debatte gegangen ist.

Es war im Sommer sicherlich ein sehr politisierter Diskurs, getragen vor allem von der Zivilgesellschaft; und jetzt fühlen sich viele im Stich gelassen, wenn es beispielsweise zu nicht begründeten politischen Schwenks der Regierung kommt. Es dominiert plötzlich ein ganz anderer

Diskurs, bis hin zur Aushöhlung der Demokratie und des Rechtsstaats. Wenn beispielsweise explizit behauptet wird, man könne auch Asyl-Anträge einfach liegen lassen – das ist ja ungesetzlich. Wenn gesagt wird: „Wir werden uns an diese Bilder (überfüllte Lager, verzweifelte Menschen, usw.) gewöhnen müssen“, ist dies sicherlich auch richtig, weil viele Menschen abstumpfen, wenn man das täglich sieht. Aber, dies als Teil der europäischen Realität zu akzeptieren, ist resignativ, ja zynisch. Ich selbst will mich nicht an ertrinkende Menschen gewöhnen! Das kann doch nicht europäische Politik und Realität sein.

Abschließend: Es herrscht eine Politik der Angst. Wie kann es weiter gehen? Werden nicht alle Seiten von Ängsten gesteuert? Wie kann man auf der Diskursebene gegen diese Politik der Angst vorgehen?
 Ich glaube, dass sowohl auf der Argumentationsebene als auch in der Praxis einiges gemacht werden kann. Die Erfahrungen der Menschen in den Gemeinden müssen mehr an die Öffentlichkeit gebracht werden, damit klar wird, dass in den vielen interkulturellen Begegnungen sehr viel Positives passiert und viele Vorurteile ausgeräumt werden können. Weil Generalisierungen und Vorurteile dann am mächtigsten sind, wenn man keine Erfahrungen mit den jeweiligen Fremden hat – das ist im Falle des Antisemitismus schon lange erwiesen und das ist jetzt wieder der Fall: Jene Gemeinden, die überhaupt keine Flüchtlinge aufgenommen haben, haben die größten Ängste. Diese Fakten müssen

mehr thematisiert werden, man sollte mehr Öffentlichkeiten schaffen, wo solche Begegnungen stattfinden. Das ist die eine Ebene.

In den Medien sollte es nicht nur um Skandalisierung gehen, sondern auch um positive Ereignisse und Erfahrungen. Die Angst- und Bedrohungs-Szenarien müsste man ausführlich kommentieren und nicht unkommentiert berichten. Gerüchte dürfen nicht unhinterfragt verbreitet werden. Es kommt immer darauf an, wie man bestimmte Informationen kommentiert und einbettet, denn – der Ton macht die Musik. Derselbe Inhalt kann ganz unterschiedlich verpackt werden. Wenn man bestimmte Ereignisse und Aussagen unkommentiert lässt, so wird die Angst eskalieren. Mehr Information wirkt auch gegen Ängste vor Verlust, also davor, dass einem etwas weggenommen würde oder dass die Flüchtlinge bevorzugt würden. Denn solche Ängste beruhen häufig auf falschen Informationen und Gerüchten.

PolitikerInnen behaupten zwar immer wieder „Wir müssen die Ängste der Leute ernst nehmen“, „Wir müssen die Leute dort abholen wo sie stehen“, usw. Die Ängste kennen wir ja, die Ängste nimmt man ernst. Man muss den Ängsten, abgesehen von Verstehen und Zuhören, einerseits Information und Aufklärung entgegensetzen und andererseits durch Begegnungen andere Erfahrungen ermöglichen.

Vielen Dank für das Gespräch

Selektives Grenzregime

**Auf Anregung unserer deutschen KollegInnen
von *pro asyl* hat sich ein Team der *asylkoordination*
die Situation von Flüchtlingen an der deutsch-
österreichischen Grenze etwas genauer angesehen.**

Von Anny Knapp

Die erste Station machen wir in Linz. Hier, im ehemaligen Postverteilzentrum, das seit September 2015 als Transit- und Notquartier dient, hoffen wir auf Flüchtlinge zu treffen, die uns über ihre Erfahrungen an der Grenze berichten können. Bei den Gesprächen, die Aiman (Arabisch) und Morteza (Dari) mit den Flüchtlingen führen, stellt sich rasch heraus, dass einige hier gestandet sind, obwohl sie nicht Asyl beantragen wollten.

Da erzählt ein Algerier, dass er eigentlich nach Italien will, in Spielfeld in einen Bus gesetzt und nach Deutschland gebracht wurde. Die deutschen Beamten haben ihn nach einem Tag nach Österreich zurückgeschoben, er weiß nicht wie es weitergehen soll. Dreimal hat ein Iraker versucht nach Deutschland zu kommen, geblieben ist die Erinnerung an eine zweitägige Haft und schlechte Behandlung durch die deutsche Polizei. Eine negative Erfahrung, die von anderen interviewten Flüchtlingen geteilt wird, ist die Aufforderung sich zu entkleiden, auch Frauen und Kinder nicht ausgenommen.

Der verwitwete Afghane N. A. A. erzählt, dass er in Deutschland kontrolliert und durchsucht wurde, dass seine Fingerabdrücke genommen wurden und er Papiere unterschreiben musste, worauf die deutsche Polizei ihn nach Österreich zurückgeschickt hat. Er ist schon seit einem Monat hier, hat einen Asylantrag

Das Asfinag-Camp in Salzburg, die ehemalige Autobahnmeisterei, steht Ende Februar kurz vor der Schließung.



gestellt, aber noch immer keine Befragung. Er glaubt, und das wird auch von anderen Flüchtlingen vermutet, dass die DolmetscherInnen nicht korrekt übersetzen, nur das was die PolizistInnen, nicht was die Flüchtlinge sagen. Er hätte zwar in Deutschland vorgebracht, dass er nach Schweden wolle, aber auch gesagt, dass er in Deutschland bleiben wolle, sollte es nicht möglich sein weiterzureisen.

Zügiger Transit

Allerdings treffen wir im Postverteilzentrum (PVZ), gleich neben dem Hauptbahnhof gelegen, kaum Flüchtlinge an. Die Transfers gehen meist direkt zur deutsche Grenze in Salzburg, Kufstein, Braunau, Kollerschlag, Schärding. Vom *Roten Kreuz*, das für die Organisation zuständig ist, erhalten wir genauere Zahlen, aus denen hervorgeht, dass sich hier in Linz kaum Transitflüchtlinge aufgehalten haben; an manchen Tagen im Jänner gab es gar keine, Mitte Jänner bilden 15 Transitflüchtlinge während der Nachtstunden schon die höchste Anzahl. Das Groß der über Nacht untergebrachten Personen sind AsylwerberInnen.

Das PVZ Linz war Anfang Jänner noch überwiegend Notschlafstelle für Personen, die in Deutschland ein Einreiseverbot erhalten, in Österreich aber keinen Asylantrag gestellt haben. Ihre Anzahl ist seit Mitte Jänner rückläufig, am 4. Februar waren z.B. nur zehn Personen mit Einreiseverbot im PVZ.

Von den insgesamt 350 Personen die im Jänner 2016 in Linz mit einem Einreiseverbot in Deutschland registriert wurden, sind 124 AfghanInnen (35 %), 105 MarokkanerInnen (30 %), 44 SyrerInnen (13 %), 40 IranerInnen (11 %) und 37 IrakerInnen (11 %). Ein ähnliches Bild ergeben die Zahlen aus Salzburg, auch hier landen

verhältnismäßig viele MarokkanerInnen, die nicht nach Deutschland weiter konnten, während die AfghanInnen weniger stark repräsentiert sind. Transitquartiere, die eigentlich nicht für die Unterbringung und Versorgung von AsylwerberInnen eingerichtet sind, werden immer weniger für Transitflüchtlinge genutzt, sondern überwiegend von obdachlosen AsylwerberInnen aufgesucht.

Die Daten des Salzburger Asfinag-Camps zeigen für Februar, dass durchgehend AsylwerberInnen in diesem „Transitquartier“ versorgt werden. Die Flüchtlinge werden laufend für die Weiterfahrt nach Deutschland abgefertigt und halten sich nur kurz in Salzburg auf. Am 14.2. waren es beispielsweise binnen 24 Stunden 1.263 Personen, am 15.2. waren es 674 Personen.

Lager in der Autobahnmeisterei

Das Asfinag-Camp in Salzburg, die ehemalige Autobahnmeisterei, steht Ende Februar kurz vor der Schließung. Unvorstellbar, hier länger leben zu müssen, die anwesenden Flüchtlinge, vorwiegend AlgerierInnen äußern ihren Unmut über die Kontrollen, sogar im Freien würden die Soldaten sie auffordern sich zu entkleiden, es wird auch in den Hallen der Schaumstoff auf ihren Eisenbetten untersucht. Die Flüchtlinge klagen über trockenes Brot und abgelaufene Käseckerl, der von ihnen entdeckte grüne Schimmel im Streichkäse erweist sich hingegen als harmlose Kräuter.

In den Hallen reiht Bett sich an Bett, am Asphaltboden sind Fahrbahnmarkierungen und Abflussgitter sichtbar. Möbel gibt es in einer der Hallen keine, in einer anderen zwei Biertischgarnituren und Steckdosen an denen die Handys geladen werden können. Die Duschanlage ist

nur gelegentlich in Betrieb. Die Flüchtlinge zieht es zum Bahnhof, hier haben sie wenigstens gratis WLAN.

Am Vorabend unseres Besuches waren 23 Flüchtlinge dort. Wer Asyl in Österreich beantragt hat, wird in einen mit einem Bauzaun abgetrennten Bereich transferiert. Der Zutritt sowohl zum Transitlager als auch zur Bundesbetreuungsstelle für AsylwerberInnen wird von Soldaten überwacht. Die Firma ORS führt im Auftrag des Innenministeriums auch diese Container, die als Bundesbetreuungsstelle an der deutschen Grenze genutzt werden. Der junge Syrer Mohammad A.H., der nach seiner Zurückschiebung aus Deutschland in Österreich Asyl beantragt hat, wartet schon über einen Monat auf seine Überstellung in eine Betreuungseinrichtung, viele die nach ihm gekommen sind, seien schon längst verlegt worden, erzählt er. Da er Verwandte in Belgien hat, wollte er nicht in Deutschland Asyl beantragen.

Eine kürzlich eingeführte Erleichterung ist die Entgegennahme von Asylanträgen bei der Einsatzleitung im Asfinag-Camp. Zuvor war es immer wieder zu Schwierigkeiten gekommen, wenn die Flüchtlinge bei der nächstgelegenen Polizeiinspektion in Lehen Asyl beantragen wollten.¹ So wurde beispielsweise einem Afghanen erklärt, dass er zur Asylantragstellung nach Villach fahren müsse. Da Asylanträge grundsätzlich bei jeder Polizeiinspektion gestellt werden können, war diese Information rechtswidrig.

Wer Asyl beantragen will, erhält ein gelbes Armband, orange bedeutet, dass der Antrag gestellt ist. Für die Transitflüchtlinge wechseln die Farben tageweise. In den Transitcamps kümmern sich Ehrenamtliche um die Flüchtlinge. Die Rechtsberatung Salzburg erhielt keinen Zugang zum Transitcamp, selbst das Auflegen



von Informationsmaterial wurde nicht gestattet.

In Oberösterreich kann Asyl bei der Polizei im Transitzelt beantragt werden, wer keinen Antrag stellen will wird nicht weiter angehalten und kann gehen, erhält aber die Aufforderung sich binnen 14 Tagen bei der Landespolizeidirektion zu melden. Laut den Erfahrung von Gen-Major Lißl geschieht das nicht. Die AsylwerberInnen werden von der Polizei zur Erstbefragung in Schärding abgeholt und zu den Supportdienststellen des BFA in Linz und Wels gebracht.

Lost in Schärding

Als wir am 10. Februar in Schärding waren, befanden sich 17 Personen in der Halle, die einen Asylantrag einbringen wollen. Die Polizei organisiert DolmetscherInnen nicht selbst, sondern kann auf einen beim *Roten Kreuz* angestellten Flüchtling mit positiven Bescheid zurückgreifen, es gebe auch AsylwerberInnen im Bezirk die sich freiwillig zur Verfügung stellen. Da die österreichische Polizei bei jeder Person

Die Flüchtlinge werden laufend für die Weiterfahrt nach Deutschland abgefertigt und halten sich nur kurz in Salzburg auf.

¹ Lisa Marcheiner, Diakonie Sabera Rechtsberatungsprojekt

auch Protokolle der deutschen Polizei mitgeliefert bekommt, würden LaiendolmetscherInnen reichen, um den Flüchtlingen die weitere Vorgangsweise zu erklären.²

Die Afghanen, die wir befragt haben, wissen von vielen, die die Einreise nach Deutschland nicht geschafft haben. Einer von ihnen hat im Jänner ein zweites Mal versucht nach Deutschland zu gehen, weil er in Österreich keinen Platz hatte. Er hat zwar nach der Zurückweisung in Österreich einen Asylantrag gestellt, lebt aber im Notquartier, wartet seit 1 ½ Monaten auf seine Befragung und weiß nicht wie es weitergehen und was passieren wird.

Ende Februar müssen AsylwerberInnen in Salzburg mit etwa einem Jahr rechnen, bis sie zu einer ausführlichen Befragung vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl geladen werden, auch in Oberösterreich sind überlange Wartezeiten notorisch.

Kurz vor Weihnachten hatte Deutschland beschlossen, nur noch Flüchtlinge einreisen zu lassen, die auch tatsächlich in Deutschland um Asyl ansuchen. Wer das

nicht vorhat und beispielweise angibt nach Schweden zu wollen, dem wird die Einreise nach Deutschland verweigert. Als weitere Gründe für die Zurückweisung aus Deutschland gilt der Versuch, mit gefälschten Dokumenten einzureisen bzw. falsche Angaben über das Herkunftsland.

Täglich bis zu 250 Personen registriert Marius Meisinger, stellvertretender Leiter der Fremdenpolizei in Tirol, die seit Jahresbeginn an der deutschen Grenze abgewiesen und nach Österreich zurückgebrachten Flüchtlinge.³ Die Polizei in Salzburg hat laut Sprecherin Eva Wenzl bereits im November 2015 580 und im Dezember 576 Flüchtlinge von Deutschland zurückgenommen.

Was mit diesen Abgewiesenen in Österreich passiert, wenn sie keinen Asylantrag stellen, lässt sich nicht nachvollziehen, rechtlich reagiert die Behörde mit der Einleitung einer Rückkehrentscheidung. Die Zurückschiebung nach Slowenien ist kaum möglich, weil Slowenien die Flüchtlinge nicht mehr zurücknimmt, berichtet der steirische Polizeisprecher Fritz Grundnig.⁴

Was mit diesen Abgewiesenen in Österreich passiert, wenn sie keinen Asylantrag stellen, lässt sich nicht nachvollziehen.



Probleme auch bei Familienzusammenführungen

Die von der Polizei genannten Gründe für die Zurückweisung der Flüchtlinge von Deutschland nach Österreich werden von einem der anwesenden Caritas-Mitarbeiter in Linz bestätigt. Betroffen seien Flüchtlinge, die nach Schweden oder Dänemark gehen wollen. Es wurden aber auch Flüchtlinge in Passau zurückgewiesen und nach Schärding retour gebracht, die in Deutschland Asyl beantragen wollten. Der Mitarbeiter der Caritas hat in solchen Fällen den Flüchtlingen einen Zettel mit rechtlichen Erläuterungen über das Recht, einen Asylantrag zu stellen, gegeben. Diese



Es wurden aber auch Flüchtlinge in Passau zurückgewiesen und nach Scharding retourniert gebracht, die in Deutschland Asyl beantragen wollten.

schriftliche Info dürfte gewirkt haben, die Flüchtlinge sind nicht wieder in Linz aufgetaucht. Bei den Gesprächen mit Flüchtlingen in Oberösterreich stellt sich heraus, dass etliche Beziehungen zu Angehörigen in Deutschland, Dänemark oder Holland haben und sie deswegen weiter versuchen wollen nach Deutschland zu gelangen. So lebt beispielsweise die Gattin des Syrers Siad F. in Holland mit einer Aufenthaltsberechtigung, auch Syrerin Mervat J. hat drei Kinder, die seit zwei Jahren in Holland leben. Sie haben gegenüber der deutschen Polizei angegeben, dass sie zu ihren Familienangehörigen in Holland wollen.

Unerklärlich blieb, warum der Syrer Mohamad A. und seine Gattin Amal, die drei Kinder in Deutschland haben und auch Dokumente bei sich hatten, keinen Asylantrag in Deutschland stellen konnten und im gleichen Bus nach Österreich zurückgebracht worden sind. Andererseits dürfte kein Einzelfall sein, dass Flüchtlinge von den österreichischen Behörden gleich an die deutsche Grenze gebracht wurden, obwohl sie nicht dorthin wollten. Solche

unfreiwilligen Transfers nach Deutschland wären wohl zu verhindern, wenn an den slowenisch-österreichischen Grenzstellen nicht nur Sicherheitskontrollen stattfinden würden, sondern Information und Beratung angeboten werden würden.

Es ist zu befürchten, dass solche Unterstützungsangebote für die Schutzsuchenden immer weniger zugänglich sind. Das zeigte sich bisher schon an der unerwünschten Rechtsberatung im Transitcamp in Salzburg und am Aussperren der freiwilligen HelferInnen seit der Inbetriebnahme des Grenzübergangs Spielfeld.

- 2** Lißl LPD OÖ
- 3** Die Presse, 12.01.2016: Bayern schickt Flüchtlinge zurück: „Der Großteil taucht ab“
- 4** Die Presse, 12. Jänner 2016 Bayern schickt Flüchtlinge zurück: „Der Großteil taucht ab“

Ein Flüchtlingskind in die Familie aufnehmen

In fast allen Bundesländern ist es mittlerweile möglich geworden unbegleiteten Flüchtlingskindern in der eigenen Familie Schutz und Geborgenheit zu geben. Der Weg dorthin war nicht einfach, aber der Erfolg kann sich sehen lassen.

Von Katharina Glawischnig



Werden „fremde“ Kinder ohne Eltern in Wien aufgegriffen, kommen sie in die Drehscheibe.

Viele Menschen haben sich im vergangenen Jahr bereit erklärt Flüchtlinge in ihr eigenes Heim aufzunehmen. Manche vorübergehend, bis die Flüchtlinge tags drauf weiterreisen konnten, manche auch für einen längeren Zeitraum. Wer einen Flüchtling privat aufnimmt, kann seine

Kosten keinesfalls decken. Ein allein-stehender Flüchtling bekommt, sofern er während des Asylverfahrens privat Unterkunft nimmt, lediglich ca. € 200 Verpflegungsgeld und je nach Bundesland € 110 – € 150 als Mietzuschuss. Damit der/ die Aufgenommene einigermaßen würdig leben kann, muss man als UnterkunftgeberIn jedenfalls etwas drauflegen.

Als im Sommer 2015 die EAST-Trais-kirchen bis zu 2.000 unbegleitete minder-jährige Flüchtlinge (UMF) beherbergte, hatten viele Menschen den Wunsch zumindest einem Kind aus dem Lager Sicherheit und Zukunft zu geben. Mit ihren Versu-chen zu helfen, liefen diese Menschen allerdings ins Leere, da nutzen auch Tele-phonate mit verschiedensten Stellen nichts: Nicht möglich, rechtlich schwierig, nicht vorgesehen ... Einige wollten nicht auf-geben, blieben hartnäckig, wenn auch zusehends verzweifelt und wütend.

Unmündige UMF in Wien

Rückblende an den Jahresanfang 2015: Eine Farsi sprechende Frau aus Wien hatte sich bei der *asylkoordination* gemeldet,

sie war ausgebildete Pflegemutter und hatte sich überlegt, statt einem „normalen“ Pflegekind, doch eine/n UMF aufzunehmen, ob dies möglich sei. Bei der *asylkoordination* waren eine Hand voll Fälle aus vier Bundesländern bekannt und Wien war noch nicht darunter. Nach einem überaus konstruktiven Gespräch mit der Leiterin des Referats für Adoptiv- und Pflegekinder der MAG ELF, Martina Reichl-Roßbacher, die der Idee einer systematischen Unterbringung von UMF bei Pflegeeltern durchaus etwas abgewinnen konnte, wurden weitere Stellen konsultiert, bis schließlich im Mai 2015 der Leitung der MAG ELF ein Konzept vorgelegt werden konnte. Anfangs machte es den Eindruck, als würde das Konzept dort nicht auf viel Gegenliebe stoßen, aber angesichts der steigenden UMF-Asylantragszahlen, wurde das Referat für Adoptiv- und Pflegekinder mit der Konzeption eines Pilotprojekts inklusive Schulung beauftragt. Der erste Schritt war geschafft. Ohne viel Werbung, war ein Infoabend mit rund 70 Personen gut gefüllt und die erste bald darauf stattfindende Schulung ausgebucht. Weitere Infoabende folgten und das Interesse war so groß, dass seither jeden Monat 3–4 Kinder in Gastfamilien vermittelt werden können.

Bevor die verantwortungsvolle Aufgabe übernommen werden kann, müssen die Pflegeeltern ein Bewilligungsverfahren durchlaufen. Neben der zeitlichen Verfügbarkeit zur Betreuung eines Kindes, müssen potentielle Pflegeeltern strafrechtlich unbescholten sein und es wird ein medizinisches Attest verlangt. Geprüft wird auch, ob sich die potentiellen Pflegeeltern selbst erhalten können und sich keine Abhängigkeit vom Pflegegeld ergeben könnte. Nach einem sozialarbeiterischen Gespräch und der dreitägigen Schulung

kommen die Eltern in den Vermittlungspool.

Von manchen anderen Voraussetzungen, die herkömmliche Pflegeeltern mitbringen müssen, wird abgesehen: So gibt es keine fixe Altersgrenze und auch alleinstehende Personen können ein Kind aufnehmen. Auch muss das Pflegekind nicht, wie sonst üblich, zwingend das jüngste Kind in der (Pflege)Familie sein. Vermittelt werden unmündige, unbegleitete Flüchtlinge, also Kinder unter 14 Jahren.

Werden „fremde“ Kinder ohne Eltern in Wien aufgegriffen, kommen sie in die *Drehscheibe*, eine spezielle Krisenstelle für unbegleitete minderjährige Fremde. Nach Traiskirchen müssen sie nur um ihren Asylantrag zu stellen, die MitarbeiterInnen nehmen sie anschließend sofort wieder mit nach Wien. In der *Drehscheibe* besteht die Möglichkeit einer Bedarfsabklärung in den Bereichen Bildung, psychische und physische Gesundheit, Betreuungsbedarf, auch werden die Wünsche und Möglichkeiten einer Familienzusammenführung erhoben, so wie andere Interessen und Bedürfnisse des Kindes. Kommt das Team im Rahmen dieses Clearings zu dem Ergebnis, dass das Kind in einer Pflegefamilie am besten aufgehoben wäre, so wird der Kontakt mit einer geprüften Familie angebahnt. Diese Anbahnung wird individuell gestaltet, es können gemeinsame Ausflüge gemacht werden, bis hin zu Übernachtungsbesuchen. Sind sich Eltern und Kind einig, so kommt es zum Umzug und das Pflegeverhältnis beginnt.

Die Familie erhält ein dem Alter entsprechendes Pflegegeld: Für ein 10–15-jähriges Kind sind das € 525, 16-mal jährlich. Im ersten Jahr erhält die Familie neben den gewöhnlichen Pflegekinderstrukturen eine Zusatzbetreuung und -begleitung in Form einer fachkundigen

Ansprechperson für die Familie und einer muttersprachlichen Vertrauensperson für das Kind.

Mündige UMF aus der Bundesbetreuung

Zur Zeit des großen Chaos und der damit verbundenen hohen Zahl an Freiwilligen in Traiskirchen, lernten Helfer und Helferinnen konkrete Kinder kennen, um die sie sich regelmäßig kümmerten. Sie wollten diesen Kindern ein Bett und ein Dach über dem Kopf bieten, immerhin schliefen damals bis zu 900 UMF unter freiem Himmel. Und so meldeten sich auch diese HelferInnen bei der *asylkoordination*. Viele Telefonate waren notwendig, bis schließlich eine niederösterreichische Ärztin ein syrisches Geschwisterpaar aus dem Lager holen durfte. Davor hatte sie die beiden Burschen jeden Tag abgeholt und nach der Übernachtung nach Traiskirchen zum Morgenappell gebracht, damit sie als anwesend registriert werden konnten.

Ähnliche Situationen durchliefen Wiener Familien, die auch noch einen längeren täglichen Weg zu bewältigen hatten, als jene aus dem Umkreis von Traiskirchen. So wollten drei 17-jährige gerne zu „ihren“ Familien ziehen. Es handelte sich um nur wenige Monate, bis sie volljährig wurden und allen Beteiligten war klar, dass der Verbleib in Traiskirchen weniger dem Kindeswohl entsprechen würde, als die Wohnmöglichkeit in den Familien. Schließlich konnte ein Prozedere gefunden werden: Die Familien wurden durch die Kinder- und Jugendhilfe überprüft und die Burschen durften bereits als Minderjährige als privat Wohnende in der Grundversorgung aufgenommen werden. Auch heute noch wohnen diese drei Burschen bei „ihren“ Familien, besuchen einen Deutschkurs und sind bereits bestens integriert.

Keine der Familien hat die Entscheidung zur Aufnahme bereut. Viele andere Familien folgten. Zur besseren Unterscheidung von Pflegefamilien, die anderen rechtlichen Regelungen unterliegen, wurde der Begriff „Gastfamilien“ eingeführt.

Auch die anderen Bundesländer zogen mit, so war in Salzburg die Kinder- und Jugendanwaltschaft intensiv damit beschäftigt ein Projekt aufzubauen. Das Projekt *open heart* vermittelt heute Patenschaften und Gastfamilien.

In Oberösterreich wurde am schnellsten ein Infoblatt für interessierte Familien ins Netz gestellt, Tirol begann mit der Konzeption einer Schulung, Vorarlberg vermittelte bald anerkannte Jugendliche zu Familien und in der Steiermark wurde die Alternative Pflegefamilien GmbH beauftragt sich der Thematik zu widmen. Übrig blieben die Bundesländer Kärnten und Burgenland, wobei in Kärnten das SOS-Kinderdorf mit einem Konzept scheiterte und zu früh in den Medien war. Es meldeten sich sehr viele InteressentInnen, die jedoch derzeit noch keine Kinder aufnehmen können. Im Burgenland konnten mittlerweile die ersten Präzedenzfälle geschaffen werden und erste Infoabende sind geplant.

In Wien sind nun auch Verbesserungen geplant und so wird es in Kürze ein Schulungs- und Begleitmodell für Gastfamilien geben und die Unterbringung von Jugendlichen soll nicht mehr an der Finanzierbarkeit scheitern, da ein Betreuungsgeld in der Höhe von € 750 pro Monat in Anlehnung an das Pflegegeld ausbezahlt wird.

Wessen Verantwortung?

Entschließt man sich ein Kind aufzunehmen, so übernimmt man damit auch eine große Verantwortung. Welche Rechte



und Pflichten genau übertragen werden, ist den meisten Menschen unklar.

Grundsätzlich hat der Staat für unbegleitete minderjährige AsylwerberInnen die Obsorge zu übernehmen, wie diese sonst den Eltern zukommt. Die Obsorge ist in drei Teilbereiche gegliedert, die Pflege und Erziehung, die Vermögensverwaltung und die gesetzliche Vertretung. An die Pflegeeltern wird die Pflege und Erziehung ausgelagert, teilweise auch ein Teil der gesetzlichen Vertretung, wie beispielsweise die Schulwahl oder die Zustimmung zu geringfügigen medizinischen Behandlungen. Der schwerwiegendere Bereich der gesetzlichen Vertretung bleibt bei der Kinder- und Jugendhilfe. Das betrifft zum Beispiel die gesetzliche Vertretung im Asylverfahren oder andere behördliche oder gerichtliche Verfahren. Die Vermögensverwaltung ist bei UMF am Anfang verhältnismäßig irrelevant, könnte beispielsweise jedoch dann an Bedeutung gewinnen, wenn der/die UMF eine

Lehrstelle besucht und eine Lehrlingsentschädigung erhält.

Der Vorteil dieser Teilung der Obsorge für die Pflege-/Gasteltern liegt darin, dass sie nicht die volle Verantwortung übernehmen müssen, speziell im Asylverfahren möchte man nichts falsch machen, wichtig ist hier ganz besonders, dass die Rechte des Pflege-/Gastkinds gewahrt werden. Hierfür hat die Kinder- und Jugendhilfe spezialisierte MitarbeiterInnen oder beauftragt entsprechend fachlich qualifiziertes Personal mit dieser Aufgabe. Die Aufgabe der Pflege-/Gasteltern ist lediglich ihr Kind zu begleiten, sie können als Vertrauensperson mit zur Einvernahme gehen und eine psychische Stütze sein.

Sollte sich für die Eltern oder das Kind ergeben, dass das Pflegeverhältnis nicht mehr fortführbar ist, so muss die Kinder- und Jugendhilfe gegebenenfalls in Kooperation mit der Grundversorgung eine andere geeignete Betreuungsform finden. Selbstverständlich sollte die

Zur Zeit des großen Chaos lernten Helfer und Helferinnen konkrete Kinder kennen, um die sie sich regelmäßig kümmerten.

Betreuung nicht von heute auf morgen beendet werden, man sollte ein Kind auch nicht einfach „zurückgeben“, weil man keine Lust mehr hat. Aber bei unüberwindbaren Differenzen, ist der Obsorgeträger (die Kinder- und Jugendhilfe) verantwortlich, eine andere geeignete Institution zu finden, die die Pflege und Erziehung ausüben kann.

Erfahrungen aus der Begleitung

Die Erfahrungen aus der Begleitung sind bereits vielfältig und sehr erfreulich. Aller Anfang ist schwer, das soll niemandem vorenthalten werden. Zunächst müssen sich, neben der Erledigung administrativer Angelegenheiten, alle Beteiligten kennen lernen. Das neue Kind weiß noch nicht, was es darf oder nicht darf, meist ist es eher vorsichtig und möchte keine Belastung sein. Der Rückzug ins eigene Zimmer ist da keine Seltenheit, ebenso intensive Beschäftigung mit dem Handy oder

muttersprachliches Fernsehen. Die Eltern hingegen haben das Bedürfnis, das Kind sofort als vollwertiges neues Familienmitglied aufzunehmen, wünschen sich, dass er/sie mit ihnen Zeit im Wohnzimmer verbringt, sich am Familienleben beteiligt und am besten nur auf Deutsch fernschaut, immerhin kann so die Sprache im Nebenbei erlernt werden. Das birgt Potential für erste Konflikte und Unsicherheiten. Leichter ist es, wenn das Kind Englisch kann oder es ein muttersprachliches Umfeld gibt. Von farsi-sprachigen Freunden bis zum kurdischen Gemüsehändler ums Eck haben sich schon viele Menschen als hilfreiche Stütze für die Familien erwiesen. Manche haben die Konversation mittels Google-Übersetzer zur Perfektion gebracht. Ihnen gilt tiefste Bewunderung. Jeder kann mit zwei Sprachen, die er/sie kann, ausprobieren, welche lustigen Wortkonstellationen hierbei entstehen können. Trotz dieser Hindernisse ist es



Ab wann die Zeit des Ankommens abgeschlossen ist, kann noch nicht vollständig beantwortet werden.

ein gangbarer Weg. Mit Geduld wird man auch der Technik Herr.

Wenn die Sprache ganz fehlt ist der Anfang selbstverständlich nicht einfach: Kinder befinden sich nicht am ausgemachten Treffpunkt und können auch am Handy nicht erklären, wo sie genau sind. Bei mehreren Familien kam es dann beim Auffinden des Kindes zu großer Erleichterung, aber auch zur Frage: Wie schaffen wir das? Sie haben es alle geschafft.

Eigene Kinder freuen sich meist am Anfang, es gibt einen neuen Spielkameraden. Aber nach nicht allzu langer Zeit kommen sie drauf, dass sie von nun an Mama und Papa teilen müssen, das neue Kind bekommt viel Energie und am Anfang ganz viele neue Sachen gekauft. Das nährt Eifersucht. Wie Kinder eben sind, zeigen sie ihren Unmut auch sehr deutlich und es braucht eine Portion Geduld für die Eltern diese aufkeimenden Konflikte mit viel Liebe zu bearbeiten. Nach etwa drei Monaten stellt sich dann Normalität ein, alle haben sich aneinander gewöhnt. Die Sprachbarriere besteht zwar immer noch, aber der/die UMF kann bereits sehr viel verstehen. Nach weiteren sechs Monaten kann er oder sie bereits auch sehr viel ausdrücken.

Ab wann die Zeit des Ankommens abgeschlossen ist, kann noch nicht vollständig beantwortet werden. In einer Wohngemeinschaft dauert dieser Prozess für gewöhnlich sechs Monate. Bei den Pflege- und Gastfamilien scheint es viel schneller zu gehen. Manche sind bereits nach einem Monat „zu Hause“, manche brauchen ein bisschen länger. Ein wichtiger Punkt ist Vertrauen. Die meisten Kinder vertrauen ihren Pflege-/Gasteltern bzw. merken sehr bald, dass diese das Beste für sie wollen, mit ihnen mitleiden, wenn das Asylverfahren lange dauert und vieles mehr. Alle Kinder bringen jedoch

eine Vielzahl an Gerüchten mit sich. Informationen kommen von Schleppern und Bundesbetreuungsstellen wie Traiskirchen sind brodelnde Gerüchteküchen. Selbsterklärte BeraterInnen lauern an allen Ecken und Enden. Ein paar Highlights: „Wenn man immer traurig dreinschaut, dann wird das Asylverfahren schneller bearbeitet“ oder „man soll sich nicht fotografieren lassen, weil die Fotos werden sofort an das BFA weitergeleitet“. Natürlich gibt es auch verständliche Sorgen, wie zum Beispiel die Überlegung: „Wenn ich hier neue Eltern habe, können meine leiblichen Eltern dann überhaupt auch nach Österreich kommen?“ Hier kann man getrost beruhigen, nur, weil jemand anderer bereit ist, sich um ein Kind zu kümmern, ändert dies nichts an der Familienzusammenführungsmöglichkeit (im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben). Mädchen wünschen sich einerseits sehr häufig in einer Familie zu leben, andererseits haben sie viel größere Sorge in einer Familie eingeeengt zu werden und befürchten weniger Freiheiten zu haben. Wichtig ist, von Anfang an die Rahmenbedingungen zu klären: Welche Regeln gibt es, was ist dem einen oder dem anderen wichtig.

Sprachliche und interkulturelle Vermittlung ist besonders wertvoll. So gibt es sprachlich-kulturelle Konflikte. Zum Beispiel ist es im Deutschen üblich ist das Wort „Bitte“ als Höflichkeitsform zu verwenden, während im Farsi/Dari die Position des Verbs verändert wird, um sich höflich auszudrücken. Das kann dann zu Pflegeeltern führen, die ein „Bitte“ erwarten und etwas „unrund“ werden, wenn das Wort nie zu hören ist, während der dazugehörige Bub aus allen Wolken fällt, wenn er muttersprachlich mit der Problematik konfrontiert wird, wollte er doch eigentlich besonders höflich sein.

Umgekehrt muss den meisten österreichischen Pflegefamilien erst gesagt werden, dass zu Asiatischen Hygienestandards eine Wasserkanne auf der Toilette gehört. Auch die geschlechtsspezifische Zuordnung (oder Nicht-Zuordnung) diverser Tätigkeiten hat schon zu großen Kinderaugen geführt. Ein Bursche war sehr überrascht, als die Pflegemutter mit ihm sein Zimmer neu ausmalte und sie gemeinsam den Kasten aufbauten.

Syrische Kinder können davon ausgehen, dass sie fast sicher Asyl bekommen werden und ihr Verfahren in absehbarer Zeit bearbeitet sein wird. Das bedeutet jedoch nicht, dass es weniger Stress gibt. Es ist für alle Beteiligten in der (Pflege-/Gast-)Familie nicht einfach zu erfahren, dass vor dem Haus der leiblichen Familie in Syrien eine Autobombe in die Luft gegangen ist oder sich der Gesundheitszustand von Familienmitgliedern verschlechtert, die nachgeholt werden sollen, während die österreichischen Behörden scheinbar alle Zeit der Welt haben.

Bei afghanischen Jugendlichen ist der Ausgang des Asylverfahrens ein Grund für schlaflose Nächte. Sie wissen, dass Flüchtlinge aus Afghanistan entweder Asyl, subsidiären Schutz oder gar keinen Aufenthaltsstatus bekommen können. Dieses Wissen sorgt für Unsicherheit und macht sie verständlicherweise unruhiger, die Verfahren dauern zusätzlich viel länger und bis dahin müssen sie viele psychische Achterbahnfahrten durchmachen. Umso wichtiger ist das sichere und stabile Umfeld in der Familie. Belastend ist für viele afghanische Kinder, dass sie nicht wissen, ob es für ihr Asylverfahren schlecht ist, „eine Familie in der Heimat zu haben.“ Einige glauben, dass es notwendig ist, ihre Familie zu verleugnen, damit sie in Österreich einen Aufenthaltsstatus bekommen.

Bis zu einem gewissen Grad ist an diesem Gerücht etwas dran, wer in Afghanistan keine Familie (mehr) hat, kann dort auch nicht leben und bekommt subsidiären Schutz. Wenn auch nicht so konkret, bekommen sie diesen Umstand mit und können oft nicht differenzieren, wo und wem sie sich anvertrauen können. Oft sind sie auch unsicher was sie ihren Pflege-/Gasteltern erzählen dürfen.

Wenn ein Kind offensichtlichen Kontakt mit seinen Eltern hat, hat es bis jetzt den Pflege-/Gasteltern und den leiblichen Eltern gut getan, in irgendeiner Form in Kontakt zu treten. Die leiblichen Eltern sind meist dankbar, ihr Kind in der Sicherheit einer Familie zu wissen, während es den aufnehmenden Eltern guttut, zu wissen, dass nicht von Seiten der Herkunftsfamilie eine Abneigung gegen diese Form der Unterbringung besteht. Dass das Kind sich mit diesem Kontakt seiner vielen Eltern erst anfreunden muss, ist durchaus verständlich. Könnten diese doch Informationen austauschen, wenn man einmal etwas nicht ganz richtig gemacht hat.

Zukunftsperspektiven

Die Form der Unterbringung bei Pflege-/Gastfamilien hat jedenfalls den Vorteil, dass sich die Kinder viel schneller und besser integrieren können. Sie erleben Sicherheit und Geborgenheit und können sich in diesem Rahmen besser entwickeln, Deutsch lernen und eine Schule besuchen. Die 1 zu 1-Betreuung ermöglicht ein individuelles Eingehen auf die Bedürfnisse des Kindes.

Es braucht kaum weitschweifende Erklärungen, um zu begreifen, dass Kinder in Familien besser aufgehoben sind als in Heimen oder Lagern. Angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingskindern in österreichischen Familien und der

Informationen erhalten Sie unter:

Wien: unter 14 Jahre	Referat für Adoptiv- und Pflegekinder Kontakt: kanzlei-rap@ma11.wien.gv.at , Tel.: 01 / 400 090 770
Wien: über 14 Jahre	Verein KUI – Kinderflüchtlinge unterstützen und integrieren Kontakt: office@verein-kui.at , Tel.: 0681 / 204 695 40
Burgenland	Amt der Burgenländischen Landesregierung Kontakt: post.soziales@bgl.d.gv.at , Tel.: 057-600 / 2515
Kärnten	Derzeit noch kein Projekt
Niederösterreich	Amt der Niederösterreichischen Landesregierung Kontakt: umf.koordinierungsstelle@noel.gv.at , Tel.: 02742 / 900 516 416
Oberösterreich	Amt der OÖ Landesregierung http://www.kinder-jugendhilfe-ooe.at/Mediendateien/dl_Pflege_UMF.pdf Kontakt: Bezirkshauptmannschaften und Magistrate, Abteilung Kinder- und Jugendhilfe
Salzburg	Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg Kontakt: SOS Kinderdorf Clearinghouse, bernhard.spiegel@sos-kinderdorf.at , Tel.: 0662 / 636 766
Steiermark	Alternative Pflegefamilien GmbH Kontakt: gertrude.lercher@pflegefamilie.at , Tel.: 0316 / 822 433 200
Tirol	Amt der Tiroler Landesregierung Kontakt: kiju@tirol.gv.at , Tel.: 0512 / 508 266 2
Vorarlberg	Vorarlberger Kinderdorf Kontakt: pkd@voki.at , Tel.: 05522 / 822 530

besser werdenden Strukturen, ist davon auszugehen, dass diese Form der Unterbringung auch in Zukunft noch mehr Bedeutung gewinnen wird. Neben verschiedensten positiven Aspekten ist diese Form der Unterbringung auch noch kostengünstiger.

Wer somit freien Wohnraum und ein offenes Herz besitzt und Liebe und Energie zu vergeben hat, sei herzlich eingeladen sich mit dem Gedanken auseinander zu setzen, ein neues Familienmitglied aufzunehmen.

Gestrandet in Idomeni

Ärzte ohne Grenzen war seit Monaten in den Flüchtlingscamps entlang der so genannten Balkanroute aktiv. Mitte März zog sich die NGO aus Sicherheitsgründen aus dem improvisierten Lager an der griechischen Nordgrenze zurück. Ein Lokalausweis Anfang März, kurz vor der Grenzschließung.

Von Ärzten ohne Grenzen



„Ich möchte einen Ort finden, an dem ich meinen Sohn großziehen kann.“

Die Serpentinstraße, die sich nahe des griechischen Ortes Idomeni durch Weizenfelder schlängelt, ist voller Menschen. Viele tragen große Taschen auf den Schultern und Babys im Arm. Doch aus dem Menschenstrom, der selbst bei Nacht nicht abreißt, können bei Tag kaum mehr als 150 Menschen ihre Reise fortsetzen. Lediglich Syrer und Iraker, die das Glück haben, einen Pass oder einen Ausweis aus ihrem Heimatland zu besitzen, dürfen die Grenze nach Mazedonien überqueren und weiter nach West- und Nordeuropa

reisen. Nur einige wenige gehen also von dort wieder weg, während täglich mehr Menschen hinzukommen. Vom 27. Februar bis zum 1. März führten unsere Teams 756 medizinische Konsultationen in Idomeni durch. Die Mehrzahl der PatientInnen sind Frauen und Kinder unter fünf Jahren. Viele von ihnen haben Atemwegsinfektionen und Magen-Darmerkrankungen, weil sie unangemessen untergebracht sind, sich bei Kälte im Freien aufhalten müssen und es an Wasser- und Sanitäreinrichtungen mangelt.

Ihre Reise endet in Idomeni. Sie sind gestrandet und gefangen in einer unhaltbaren humanitären Situation. In dem Transitlager, das ursprünglich für 1.500 Menschen errichtet wurde, sind inzwischen 11.000 Menschen angekommen. Sie sind dort gefangen und werden ohne Informationen gelassen. Sie haben Angst, machen sich Illusionen und sind verwirrt.

Chaos und Enttäuschung

Unter den Flüchtlingen im Camp von Idomeni gibt es auch viele Familien. Piman hat in Syrien als Englischlehrer gearbeitet, bevor er sein Land verließ. Er ist bereits

seit zwei Monaten auf der Straße unterwegs: „Ich bin mit meiner Familie hier, wir schlafen in Zelten. Wir hätten niemals gedacht, dass die Situation so schrecklich wird. Als wir unsere Stadt verließen, wollten meine Kinder ihr Spielzeug und ihre Bücher mitnehmen. Ich sagte ihnen, dass sie sich keine Sorgen machen müssen, wir bekommen neue Spielsachen in unserem neuen Haus. Seither fragen sie mich, wo unser neues Haus ist.“

Daniela arbeitet in Idomeni als Krankenschwester für *Ärzte ohne Grenzen* und beschreibt die Situation: „Es gibt viel Verwirrung, Stress und einen Mangel an zuverlässigen Informationen. Die Wut wächst. Viele Menschen sind seit mehr als zehn Tagen hier, die Leute sind sehr erschöpft.“

In dem Gesundheitszentrum, das *Ärzte ohne Grenzen* in Idomeni betreibt, kommen jeden Tag Familien, schwangere Frauen und Kinder an. Ebenso behinderte und ältere Menschen, die an chronischen Krankheiten leiden. Menschen sind gezwungen draußen in der Kälte zu schlafen, auch Babys und ältere Menschen. Dabei soll sie nur ein Schlafsack warmhalten. Die großen Zelte, die von uns zur Verfügung gestellt wurden, sind seit Tagen voll. Hunderte kleiner Zelte sind überall verteilt, auch nahe der Bahngleise. Der 24-jährige Omar, ein palästinensischer Flüchtling aus Homs in Syrien, ist erschöpft: „Das macht mich sehr nervös, ich weiß nicht, was passieren wird. Dieses Warten bringt mich um. Wir fühlen uns hier ignoriert.“

Geboren auf der Flucht

„Ich bin seit einer Woche hier und habe keine Ahnung, wie lange ich hier noch bleiben muss. Die Grenze ist geschlossen, und man erlaubt uns nicht sie zu passieren. Hier im Camp kann man unmöglich



bleiben. Es ist schrecklich. Ich möchte einen sicheren Weg finden weiterzureisen. Ich möchte einen Ort finden, an dem ich meinen Sohn großziehen kann. Helfen Sie uns, eine sichere Route zu finden“, wiederholt Mustafa, ein Flüchtling aus Nord-Syrien. Er kam mit seiner Frau Zuzan und zwei jungen Cousins in Idomeni an. Er gehört zu ungefähr hundert Menschen, die zumindest das „Glück“ haben, in einem Bett übernachten zu können. Andere Familien sind bei zu großer Kälte nachts draußen, auf dem Gelände eines matschigen Zeltplatzes.

Während sie darauf warten, passieren zu können, verbringen ganze Familien die Nacht am improvisierten Feuerplatz, um warm zu bleiben. Rula, eine 30-jährige Frau aus Aleppo, bringt zu dieser Zeit im griechischen Krankenhaus in Polykastro gerade ihren zweiten Sohn zur Welt. Sie nennt ihn Abdulrahmane. Sie kam hochschwanger in Idomeni an, gemeinsam mit ihrem Ehemann Fahad und ihrem einjährigen Sohn Oman. Während sie sich in unserem Gesundheitszentrum befand, platzte ihre Fruchtblase und unser Team brachte sie ins Krankenhaus.

Im Lager in Idomeni bleibt die Situation extrem chaotisch.

Athen als neues Ziel für Flüchtlinge

Die Zahl der Flüchtlinge in Athen steigt weiter an. Mehr als 9.000 Menschen mussten Mitte März in und um die griechische Hauptstadt ausharren, da die Fluchtroute nach Westeuropa durch die Schließung der Grenze zu Mazedonien blockiert ist. Die Region Athen verfügt jedoch nur über sehr begrenzte Aufnahmekapazitäten. Von *Ärzte ohne Grenzen*



Lokale Vereine und Freiwillige arbeiten mit humanitären Hilfsorganisationen zusammen, um den Geflüchteten in Athen zu helfen.

Immmer mehr Menschen finden beispielsweise im Elliniko-Camp Zuflucht. Das Camp wurde im Dezember 2015 von der griechischen Regierung in einem ehemaligen Sportzentrum der Olympischen Spiele eröffnet. Es beherbergt heute rund 3.500 Flüchtlinge, von denen ein Teil bereits im stillgelegten Flughafen neben

dem Sportzentrum campiert. Die Bedingungen sind einfach, die Menschen schlafen auf dem Boden. Anders ist die Situation in den Camps in den Athener Vororten, die die griechische Regierung für besonders Hilfsbedürftige und Asylsuchende reserviert hat. Im Eleonas-Camp gibt es beheizte Container, die mit Toiletten und Küchenzeilen ausgestattet sind. Um die Kapazitäten zu erhöhen, wurden zudem große Zelte aufgestellt, in denen weitere 750 Personen aufgenommen werden können. *Ärzte ohne Grenzen* arbeitet in diesem Zentrum zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und leistet medizinische Versorgung.

Unterstützung durch Freiwillige

Lokale Vereine und Freiwillige arbeiten mit humanitären Hilfsorganisationen zusammen, um den Geflüchteten in Athen zu helfen. Diese versammeln sich häufig am Victoria Square im Zentrum der Stadt. Der Platz dient vielen nach der Landung

im Hafen von Piräus als erste Anlaufstelle auf der Suche nach Informationen, um ihre Reise fortzusetzen. Einige Menschen haben die Mittel, für ein paar Tage ein Zimmer zu mieten. Andere haben keine andere Wahl, als nachts auf dem Platz zu schlafen, bis die Polizei sie dazu zwingt, weiterzuziehen. In einer benachbarten Straße bietet eines unserer Teams am Nachmittag medizinische Untersuchungen in den Räumlichkeiten einer anderen NGO an, die dort vormittags Frauen und Kindern einen Ort zum Ausruhen bietet.

Neues Aufnahmezentrum bei Athen

Angesichts des Zustroms von Flüchtlingen hat die griechische Regierung im Februar ein weiteres Aufnahmezentrum in einem Außenbezirk von Athen eröffnet. Es wird von der Armee verwaltet und sollte ursprünglich ein Transitcamp sein. Nun bietet es 1.750 Geflüchteten Schutz, da der Transit zum Stillstand gekommen ist. Die Menschen können nicht weiterreisen und ihre Zahl im Hafen von Piräus steigt täglich. Rund 3.000 Menschen sind in den Wartehallen des Hafens gestrandet oder schlafen in kleinen Zelten außerhalb der Gebäude. Auch hier helfen Freiwillige und unsere Teams leisten in einer mobilen Klinik in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen medizinische Versorgung in einem der Terminals. Währenddessen bringen die Fähren täglich weitere Flüchtlinge in den Hafen von Piräus, nachdem diese von der türkischen Küste auf die Inseln in der Ägäis übersetzt sind.

Situation auf den Inseln in der Ägäis

In der vergangenen Woche kamen allein auf Samos 985 Menschen an. Weitere Hundert landeten auf der benachbarten Insel Agathonisi, wo sie jedoch nur ein paar Tage bleiben mussten und von

uns mit Unterkünften versorgt wurden. Auf Samos hingegen müssen die Menschen lange Zeit auf ihre Registrierung warten. Rund 600 Menschen sitzen dort derzeit fest, die Behörden haben jedoch nur ein Camp in Hafennähe mit Containern und Betten für 280 Menschen gebaut. Unsere Teams haben daher in den vergangenen zwei Wochen mehr als 300 Zelte verteilt, die die Flüchtlinge innerhalb der Container aufstellen konnten. Darüber hinaus harren mehr als 120 Menschen in den Resten eines Lagers im Hafen aus, das die Behörden im Hinblick auf den neuerichteten Hotspot schließen wollen. Eines unserer Teams arbeitet weiterhin von unserer Klinik im Hafen aus und leistet medizinische Versorgung, während ein zweites Team psychologische Hilfe von einem Zelt in der Nähe des Hauptlagers aus anbietet.

Menschen aus Nordafrika werden umgehend verhaftet

Alle warten darauf registriert zu werden, um mit der Fähre nach Piräus fahren zu können und halten die Hoffnung aufrecht, dass sie ihre Reise fortsetzen können. Eine Ausnahme bilden Menschen aus Nordafrika: Sobald sie ankommen, werden sie auf die Polizeiwache von Samos gebracht, wo sie in Zellen darauf warten müssen, in Haftanstalten auf dem Festland überführt zu werden. Das Recht Asyl zu beantragen, wird ihnen von Beginn an vorenthalten.

Integration von Anfang an

In der Slowakei stellten im vergangenen Jahr gerade eine Handvoll Flüchtlinge einen Asylantrag. Für engagierte BürgerInnen kein Grund sich zurückzulehnen und dem Flüchtlingseled im Fernsehen zuzusehen. Von den österreichischen Medien weitgehend unbemerkt helfen slowakische Initiativen auch Flüchtlingen in Österreich. *cook4refugee* aus Bratislava stellt sich vor.

Von Elena Teplanová



Der ehrenamtliche Verein *cook4refugee* aus Bratislava versorgt die im Lager Potzneusiedel untergebrachten Flüchtlingsfamilien mit Essen und veranstaltet wöchentlich Kunst-, Sport- und Bildungsaktivitäten. Der Verein bietet eine Plattform auf der neue Hoffnungen geschöpft werden, Kenntnisse erworben und gegenseitige Vorurteile abgebaut werden können. So entstehen Freundschaften zwischen AsylwerberInnen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak und den Einheimischen von dies- und jenseits der Grenze zwischen der Slowakei und Österreich.

Mitten im Nirgendwo

Die Wohncontainer des Flüchtlingslagers bei der Autobahnraststätte in der Nähe der Ortschaft Potzneusiedl sind provisorische Wohnungen für Familien mit Kindern aus mehreren Ländern: hauptsächlich Afghanistan, Syrien und Irak, manche Familien kommen auch aus Russland, Kasachstan, Pakistan, dem Iran, der Ukraine, Georgien, Tadschikistan und Äthiopien.

Die technokratische Herangehensweise und die begrenzte Unterstützung durch staatliche Institutionen können weder die Beschulung noch andere Aktivitäten für die Kinder sicherstellen. Dies fördert in keiner Weise den wichtigen Heilungsprozess oder die Integration von Kindern und Erwachsenen, die aus Konfliktsituationen fliehen.

Geschmack der Zusammengehörigkeit

Aus Sicherheitsgründen darf im Lager keine Küche eingerichtet werden. Die EinwohnerInnen lieben es, wenn sie ab und zu schmackhaftes, gesundes hausgemachtes Essen bekommen, das sie an ihr verlorenes Zuhause erinnert. Sie schätzen es sehr, wenn das Essen mit menschlicher Wärme serviert wird und sie schöpfen daraus die Hoffnung in Europa akzeptiert zu werden.

Optimismus, der im Magen wurzelt, trägt dazu bei, dass die Regeln akzeptiert werden können, die von den MitarbeiterInnen des *Samariterbund Burgenland*

Die Autorin Elena Teplanová ist Koordinatorin von *cook4refugee*.

landschaft

für das Leben in der unwirtschaftlichen Umgebung und für die Lager-Gesellschaft festgelegt wurden.

Das Essen von *cook4refugee* hilft auch Kosten zu senken. Mit dem *Samariterbund Burgenland* wurde die Rückerstattung der Kosten für die Zutaten vereinbart, woraus sich die regelmäßigen *cook4refugee Saturdays* entwickelten an denen für das Lager Potzneusiedl zwei Mal am Tag Essen geliefert wird. Gebracht wird es von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen aus Bratislava, wodurch die hohen Kosten für die Essensanlieferung aus Wien eingespart werden können.

Aktiv trotz Warten

Die zwei Mahlzeiten an den Samstagen geben oft den Zeitrahmen für Nachmittagsaktivitäten und Events vor, wie das wunderbare *Nowruz*-Fest zum persischen Neujahr im März (zur Frühjahrs-Tagundnachtgleiche), traditionelle Aktivitäten wie einem Drachenworkshop und einem Fahrradreparier-Nachmittag Anfang April.

In einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und echter persönlicher Beziehungen fingen die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von *cook4refugee* im Jänner 2016 an, regelmäßig wöchentliche Aktivitäten ins Camp zu bringen. Sei es der *c4r Kindergarten* am Dienstagnachmittag oder der am Mittwochvormittag stattfindende *c4r Art-and-Crafts Workshop*, die *c4r Evenings for All* am Donnerstag oder der *c4r Mending Circle* am Samstagnachmittag – sie bieten Gelegenheit sprachliche Kompetenzen zu erlernen und zu üben.

Die Aktivitäten helfen den Menschen, die von extrem schlimmen Situationen geflüchtet sind, ihre missliche Lage zu vergessen, die Unsicherheit zu bekämpfen, neue Fähigkeiten zu entwickeln und ihr Selbstwertgefühl zu erhöhen.

Die *Kinderfreunde Burgenland*, die beauftragt wurden Aktivitäten im Camp zu organisieren, begrüßen die Arbeit von *cook4refugee* und boten an, die materiellen Kosten zu übernehmen.

Materielle Hilfe

Die *cook4refugee* Mobilisierung, die sich an eine breite Öffentlichkeit wendet, um der Flüchtlingskrise zu begegnen, organisiert auch die Sammlung von Sachspenden. Seit Spätsommer 2015 wurden Tonnen von gespendeten, sorgfältig sortierten und beschrifteten Sachen (hauptsächlich Kleidung, Hygieneartikel und Babynahrung, aber auch Spielsachen und Sportausrüstung) von Bratislava aus an mehrere Flüchtlingstransitlager und Flüchtlingsquartiere geliefert. Ziele der Spendentransporte waren Ungarn (Budapest, Hegyeshalom), Serbien (Berkasovo), Slovenien (Dobova, Maribor), Österreich (Wien, Spielfeld, Traiskirchen, Schwarzlsee, Potzneusiedl), Mazedonien (Gevgelija), Griechenland (Idomeni) und die Slowakei (Gabcikovo). Die Spenden halfen, sei es weil sie Leben retten konnten oder einfach weil sie „nur“ den Menschen ihre Würde zurückgaben, nach dem Motto „Kleider machen Leute“.

Wir Vertrauen dem Schmetterlingseffekt

Flüchtlinge sind hier und sie werden nicht verschwinden, aber wir können beeinflussen wie sie aufgenommen werden. Politische und technische Lösungen für die Flüchtlingskrise sind entscheidend. Der Beitrag der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen hilft den AsylwerberInnen schon während des Asylverfahrens aktiv zu werden und an ihrer Versorgung mitzuarbeiten.

Trotz gewisser Beschränkungen verhindert das Leben in einer Camp-Gesell-

schaft nicht die Aufnahme sozialer Beziehungen, vielmehr bringt es das Kennenlernen von örtlichen Regeln und Gewohnheiten mit sich, die später in der Gesamtgesellschaft angewendet werden können. Die KoordinatorInnen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von *cook4refugee* haben das Ziel den Camp-BewohnerInnen dabei zu helfen hier in Europa zu einer Routine zu finden, ihr Leben zu normalisieren und Europa zu helfen, die Flüchtlinge erfolgreich zu integrieren.

Alteingesessene europäische Bevölkerungen sind gegenüber Flüchtlingen oft zwischen Angst und Neugier gefangen. Ehrenamtliche Mitarbeit ist eine gute Gelegenheit, die eigenen Vorurteile zu hinterfragen. Die letzte Tschechische Meinungsumfrage von *People in Need* ergab 14 %, die Flüchtlinge willkommen heißen und 25 % Ablehnende. In der jetzigen Situation, in der weit rechts stehende Politik zunimmt und sogar im Mainstream als

normal angesehen wird, ist es wichtig Bewusstsein zu wecken und persönliche Erfahrungen zu ermöglichen, zumindest für einige aus der großen schweigenden Masse der 61 % Unentschiedenen.

Ehrenamtliche Initiativen sind ein wichtiger Teil des öffentlichen Diskurses über Flüchtlinge und haben Einfluss auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Sie bemühen sich um einen auf Fakten basierenden Diskurs und sind daher inkompatibel mit xenophoben Falschmeldungen. Der spezifische geopolitische Hintergrund der *cook4refugee* Initiative bildete die Basis für eine grenzüberschreitende Kooperation, die nebenbei auch die Slowakisch-Österreichischen Beziehungen verbessern konnte.

Das Essen von *cook4refugee* hilft auch Kosten zu senken.



OGB VERLAG

www.oegbverlag.at



eBook
inside

Fremdenrecht

Asyl – Ausländerbeschäftigung – Einbürgerung –
Einwanderung – Verwaltungsverfahren

Thomas Neugschwendner, Johannes Peyrl, Christian Schmaus
Ratgeber / 5. aktualisierte Auflage 2015 / 504 Seiten / EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-057-3

Das „Fremdenrecht“ gehört wohl zu den umstrittensten Rechtsmaterien in Österreich. Kaum ein anderer Rechtsbereich wurde in den letzten Jahren so oft überarbeitet, so oft vom Verfassungsgerichtshof zurechtgestutzt und so oft von der Zivilgesellschaft kritisiert und bekämpft. Das Problem fängt schon mit dem irreführenden Namen an. Die rechtlichen Bestimmungen, die unter dem Namen „Fremdenrecht“ zusammengefasst werden, betreffen nämlich keineswegs nur „Fremde“. Von den knapp mehr als einer Million Menschen, die im Einwanderungsland Österreich leben, ohne einen österreichischen Pass zu haben, ist ein Großteil bereits mehr als fünf Jahre im Lande, viele sogar deutlich länger.

Das Buch bietet eine verständliche und fundierte Darstellung der Rechtslage für Migranten/innen und Flüchtlinge in Österreich. Erklärt werden sämtliche fremdenrechtliche Themenbereiche – von der Einreise nach Österreich bis zur Einbürgerung. Informationen über politische Zusammenhänge und europäische Entwicklungen helfen, zusammen mit Beispielen aus der Praxis, sich einen Überblick über die komplexe Materie zu verschaffen. Der Aufbau der Kapitel bietet eine inhaltlich stringente Anordnung und Zusammenfassung der im Gesetzestext verstreuten Bestimmungen. Sozialwissenschaftliche Daten und politische Hintergrundinformationen ermöglichen einen raschen Reality-Check der Gesetzesmaterie.

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung

T +43 1 405 49 98-132 | F +43 1 405 49 98-136

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

www.arbeit-recht-soziales.at | kontakt@arbeit-recht-soziales.at



Kurzmeldungen



Polen wird in Zukunft vehement gegen Quotenumverteilungspläne stimmen

(MNS) Polens neuer Innenminister, Mariusz Blaszczak, verlautbart, dass sein Land zukünftig gegen jegliche Form einer EU initiierten Quotenumverteilung von Flüchtlingen stimmen werde, da er in dieser Quotenregelung einen Ansporn, für Flüchtlinge nach Europa zu kommen, sieht. Er plädiert für eine Unterstützung von Flüchtlingscamps außerhalb Europas Grenzen. Das widerspiegelt die Meinung seiner Landsmänner- bzw. frauen. In einer von CBOS (polnisches Meinungsforschungsinstitut) durchgeführten Studie sprechen sich unter den 1.063 Befragten 53 % gegen

jegliche Aufnahme, 41 % für eine temporäre und nur 4 % für eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus, und das obwohl das Land in der Vergangenheit selbst oftmals auf Schutz von anderen Ländern angewiesen war.

Internationaler Währungsfond (IWF) sieht Wirtschaftswachstum durch Flüchtlinge

(MNS) Ein im Jänner erschienener Report des IWFs geht von einem positiven wirtschaftlichen Effekt durch die hohen Antragszahlen von Flüchtlingen aus. Eine im Report dargestellte Simulation zeigt für die drei Staaten mit den meisten Neuankömmlingen folgendes Szenario: Eine Steigerung des

Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 in Deutschland von 0,3 %, in Schweden von 0,4 % und in Österreich von 0,5 %. Die Steigerung des BIP könnte laut IWF noch höher ausfallen, wenn eine gute Einbindung der Neuankömmlinge in den Arbeitsmarkt passiert. Eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt bedeutet für den Staat gleichzeitig Investitionen in Ausbildungen und Schulungen, allen voran auf der sprachlichen Ebene.

UNHCR veranstaltet Meeting um Lösungen für syrische AsylwerberInnen zu finden

Am 30. März 2016 veranstaltete UNHCR ein hochrangiges Treffen, um Lösungen für die Notlage syrischer AsylwerberInnen zu finden. Vertreter von 80 Ländern, 10 internationalen Organisationen und 24 NGOs wohnten dem Treffen bei. Einige Organisationen wie ECRE, Refugee Action, British Refugee Council und HIAS verfassten einen offenen Brief, in dem sie Staaten zum Erscheinen bei dem Treffen aufforderten, um das UNHCR Ziel zu erreichen, zumindest 10 % der fast 5 Millionen syrischen Flüchtlingen eine Umsiedlung oder andere Alternativen zu ermöglichen.

EU-Türkei Deal

Das EU-Politikmagazin Politico machte in einer Analyse fünf Bereiche aus, die zu einem Scheitern des Flüchtlings-Deals zwischen EU und der Türkei führen könnten. Das Abkommen sieht vor, dass die Türkei Flüchtlinge aus Griechenland zurücknimmt und im Gegenzug, die EU genauso viele Flüchtlinge direkt aus der Türkei übernimmt. Die möglichen Probleme sind „Sicherheitsbedenken“ nach den jüngsten Terroranschlägen, die Länder wie Polen benutzen, um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland (relocation) oder der Türkei zu verweigern. Auch wenn weiterhin zu große Zahlen von Flüchtlingen (72.000) aus der Türkei in die EU kommen wird die Vereinbarung mit der Türkei nicht halten. Auch schon bei weniger Flüchtlingen stellt die „Rückführung“ von den griechischen Inseln in die Türkei eine schwer zu bewältigende logistische Herausforderung dar. Wichtigster Anreiz für die Türkei sind die in Aussicht gestellten Visa-Erleichterungen. Die gibt es allerdings erst wenn alle 72 Bedingungen zur Zufriedenheit der EU-Kommission erfüllt wurden (bisher gelten 37 als erledigt). Die verbleibenden 35 Bedingungen dürften demnach schwer in einigen Wochen zu erfüllen sein. Gibt es keine Visa-Erleichterungen wird die Türkei den Deal platzen lassen. „Last but not least“, könnten verschiedene nationale und internationale Gerichte dem Deal wegen Verstößen gegen Verfassungen oder die Europäische Menschen-

rechtskonvention oder EU-Charter ein Ende setzen.

Mazedonien „Keiner will uns“

In einem Interview mit Business Insider und Bild im März 2016, zeigte der mazedonische Präsident Gjordje Ivanov seinen Ärger über die Vorgehensweisen EU, angesichts der aktuellen „Flüchtlingskrise“. Zunächst erinnerte er an die Rolle Mazedoniens im Kosovo-Krieg, damals habe das Land 360.000 Flüchtlinge aufgenommen und keinerlei Unterstützung seitens der EU bekommen. Nun wirft Ivanov der Europäischen Gemeinschaft vor, Mazedonien mit den Auswirkungen ihrer flüchtlingspolitischen Beschlüsse abermals im Stich zu lassen. „Wir müssen Europa vor Griechenland – einem EU-Mitgliedsstaat – schützen, obwohl wir selber nicht Teil der EU sind“. Er betonte immer wieder die „Außenseiterrolle“ des Landes, „Wir sind kein EU-Mitgliedsstaat, wir sind kein Schengen-Land und kein NATO-Mitglied“ und kommt zu

dem Schluss: „Keiner will uns“. Zudem zeigte Ivanov sich empört darüber, dass die Europäische Gemeinschaft es nicht für notwendig hielt, Mazedonien in die jüngsten Verhandlungsgespräche mit Ankara zu inkludieren. Laut Ivanov, sei Mazedonien zwar Teil des „Plans“, werde allerdings nicht an der Planung beteiligt. Seiner Meinung nach sei die aktuelle Krise Beweis dafür, dass Europa unfähig sei mit großen Herausforderungen umzugehen. Mazedonien und einige andere Länder entlang der Balkanroute wären daher gezwungen eigenständig zu agieren. Dies stelle allerdings eine große Herausforderung dar, sowohl finanziell als auch strategisch.

Österreich:

Verfassungsgerichtshof I

Der Verfassungsgerichtshof lässt mit drei Erkenntnissen aufhören. Er beseitigt die Blockade für das Bundesverwaltungsgericht, eine negative Prognoseentscheidung des Bundesamts bei Anträgen



auf Familiennachzug von Schutzberechtigten selbst zu überprüfen. Bisher herrschte nämlich die Meinung vor, dass das Gericht an die Prognose des BFA gebunden sei, dass ein Einreisevisum nicht zu erteilen wäre, weil die Familienangehörigeneigenschaft nicht vorliegen würde. Strittig war im Anfall das Datum und der Ort der Eheschließung, bekanntlich dürfen EhegattInnen nur nachkommen, wenn die Ehe bereits vor der Flucht bestanden hat. Die Widersprüche zwischen den vorgelegten Dokumenten und den Aussagen der Antragstellerin hätte das Gericht aufklären müssen. (VFGH, E 1526/2015 vom 18. 2. 2016)

Österreich: Verfassungsgerichtshof II

Die zweite Entscheidung geht auf einen Gesetzesprüfungsantrag des Bundesverwaltungsgerichts zurück. Dieses hatte Bedenken, ob die zweiwöchige Beschwerdefrist in Asylverfahren erforderlich bzw. unerlässlich ist. Das Bundesverwaltungsgericht hat dafür in einem Beschwerdeverfahren, keine besonderen öffentlichen Interessen an der Aufrechterhaltung des geordneten Vollzugs im Asyl- und Fremdenwesen im Zusammenhang mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gesehen. Der Verfassungsgerichtshof ist dieser Ansicht gefolgt und hat die in §16 Abs1 BFA-VG vorgesehene Verkürzung der vierwöchigen allgemeinen Beschwerdefrist auf zwei Wochen gehoben.

Die dritte Entscheidung behandelt die Rechtsberatung bzw. -vertretung im Beschwerdeverfahren. Nur bei einer Rückkehrentscheidung, einer Anordnung zur Außerlandesbringung oder Grundversorgungseinschränkungen besteht eine Verpflichtung der RechtsberaterInnen, den Fremden im Beschwerdeverfahren auf sein Ersuchen zu vertreten. Bei den anderen Verfahren ist er/sie dazu nicht verpflichtet. Er/Sie hat zwar auf Ersuchen des Fremden an einer mündlichen Verhandlung teilzunehmen. Dies verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz, erkennt der Verfassungsgerichtshof. G 447-449/2015-13* 09.03.2016

Ungarn: Flüchtlinge verurteilt

Medienberichten zufolge verurteilte Ungarn über 1.000 Flüchtlinge für versuchte irreguläre Einreise, weil sie versucht hatten, über einen Zaun zu klettern, der an der Südgrenze errichtet worden war. Ein Großteil der angehaltenen Flüchtlinge wurde mit einem ein bis zwei Jahre gültigen Wiedereintrittsverbot des Landes verwiesen, während andere zu einer Haft auf Bewährung verurteilt oder mit bedeutend längeren Wiedereintrittsverboten bestraft wurden. Die strengen Maßnahmen erfolgen aufgrund neuer gesetzlicher Richtlinien von 2015, welche die Beschädigung des neu errichteten vier Meter hohen Grenzzauns entlang der 175 km langen ungarisch-serbischen Grenze als Straftat definieren, die mit Abschiebung oder Haft geahndet werden kann.

Europäischer Gerichtshof: Keine Inhaftierung aufgrund irregulären Aufenthalts

Am 02. Februar 2016 kam der Europäische Gerichtshof zu einem Urteil betreffend einer Ghanaerin, die im März 2013 auf ihrer Busfahrt von Belgien in das Vereinigte Königreich von der französischen Polizei bei der Einfahrt in den Ärmelkanaltunnel festgenommen wurde. Die Frau wurde aufgrund ihrer irregulären Einreise, die nach französischem Recht als Straftat gilt, verhaftet. Sie wurde im Rahmen des Rückübernahmeabkommens zwischen Frankreich und den Benelux-Ländern (Belgien, Niederlande und Luxemburg) nach Belgien überführt und bis zu ihrer Überstellung in Schubhaft genommen. Frau Affum ging dagegen in Berufung. Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs Szpunar gab der Frau recht und vertrat den Standpunkt, dass es nur zwei Situationen gäbe, in denen die EU-Rückführungsrichtlinie der nationalen Rechtsprechung erlaube, Drittstaatsangehörige aufgrund eines irregulären Aufenthalts in Schubhaft zu halten: 1. Wenn eine Person, die im Rahmen der Rückführungsrichtlinie bereits rückgeführt wurde, das Staatsterritorium wieder betritt und damit gegen das Einreiseverbot verstößt. Und 2. wenn das Rückführungsverfahren eingeleitet wurde, die Person sich jedoch weiterhin irregulär im Land aufhalte. Keines dieser Szenarien treffe in diesem Fall zu.

Griechische Inseln: Flüchtlinge in Lagern

Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch konnte die Internierungslager auf den griechischen Inseln Chios und Lesbos besuchen. In den beiden geschlossenen Zentren wurden Anfang April 4.000 Personen, darunter Kinder, Schwangere und Behinderte festgehalten. Human Rights Watch kritisierte die Maßnahme als unnötige Verschärfung der Lage der Geflüchteten, die auch keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten oder Rechtsberatung haben. Die Lager, die ursprünglich als offene Aufnahmezentren eröffnet wurden, wurden nach 20. März mit in Kraft treten der Vereinbarung der EU mit der Türkei in geschlossene Lager verwandelt. In Lesbos sitzen 3.100

Personen in dem von einem stacheldrahtbewehrten Zaun umgebenen Gelände, in der ehemaligen Aluminiumfabrik auf Chios werden ca. 1.000 Personen festgehalten. Die Bedingungen hatten sich nach dem Auszug von UNHCR und humanitärer Organisationen wie MSF (*Ärzte ohne Grenzen*) rapide verschlechtert. Am 1. Mai hatten sich im Lager in Chios die Spannungen in gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Flüchtlingsgruppen entladen in deren Folge 400 Personen ausgebrochen waren, die jetzt in zwei offenen Camps leben. Nach den eilig beschlossenen neuen Griechischen Gesetzen können Flüchtlinge nach ihrer Ankunft bis zu 25 Tage zur Identifizierung und weitere drei Monate während des Verfahren in Lagern angehalten werden.

Belgien: Polizeiaktion illegal

Ein Berufungsgericht in Brüssel hat im März das Vorgehen des Ausländeramtes verurteilt, das Polizeikräfte angewiesen hatte, undokumentierte MigrantInnen zu Hause und ohne richterlichen Beschluss festzunehmen. Im Herbst 2015 drang die SEFOR (Sensibilisierung, Follow-up und Rückführung) in das Haus eines schlafenden Migranten ein und nahm ihn fest. Nach mehreren Monaten im Gefängnis konnte sein Anwalt die Freilassung erwirken. Das Berufungsgericht entschied, dass ein Eindringen in private Räumlichkeiten ohne Zustimmung oder richterlichen Beschluss eine Verletzung der häuslichen Privatsphäre darstellt.



Bücher



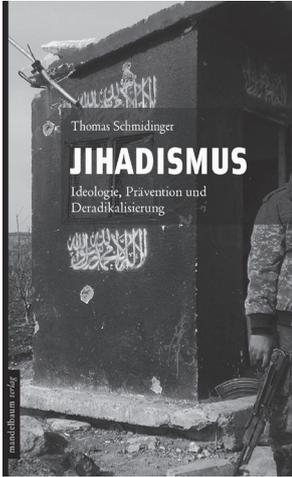
Flüchtlinge im Transit

In den vergangenen Wochen waren sie in den Medien allgegenwärtig: Bilder von Flüchtlingen in provisorischen Transitlagern, auf den griechischen Inseln, in Idomeni oder bei Spielfeld. Flüchtlinge können in der Regel nicht in das Fluchtland ihrer Wahl reisen. Selektive Grenzregime wählen aus, verteuern die Flucht und machen die ohnehin schon verwundbaren Menschen auf der Flucht auch noch zum Ziel von ausbeuterischen Praktiken und sexualisierter Gewalt. Der erste Text in der schon im Herbst 2015 erschienenen Nummer 138/139 der politikwissenschaftlichen Zeitschrift *Peripherie* beschäftigt sich mit dieser „Ökonomie des ausbeuterischen Transits“ in Libyen und Indonesien. In beiden

zu Transitstaaten gewordenen Ländern stehen für Monate oder Jahre festsitzende „TransmigrantInnen“ im Fokus von Netzwerken von korrupten BeamtInnen, Schleppern und ausbeuterischen ArbeitgeberInnen. Wie alle folgenden Texte bietet jener von Aantje Missbach und Melissa Phillips einen Blick auf (zumal im deutschsprachigen Raum) wenig beachtete Perspektiven der Flüchtlingsforschung. Theoretisch und methodisch solide, sprachlich gut verständlich stellt der Band einen Glücksfall unter den zahlreichen Publikationen der vergangenen Monate dar. Höchst spannend (gerade weil aus der Praxis bekannt) ist der Blick auf meist afrikanische Flüchtlinge, die trotz Schutzstatus in Italien nicht in dem südeuropäischen Land leben können und daher eine mobile Lebensweise innerhalb der Europäischen Union entwickelt haben (Giulia Borri und Elena Fontnari). Der Artikel von Mouna Maaroufi zum „temporären humanitären Aufnahmeprogramm“ der BRD für syrische Flüchtlinge und jener von Sophia Hoffmann zum perfekt durchgeplanten jordanischen Großlager in Azraq zeigen die Schwierigkeiten einer Praxis zwischen Schutz und Abschottung, zwischen „Care“

und „Control“. Ein immer wiederkehrender Aspekt ist Transnationalität. Im Artikel von Maja Zwick über individuelle und kollektive Strategien saharischer Flüchtlinge wird Transnationalität als eine vierte dauerhafte Möglichkeit für Flüchtlinge und Vertriebene neben den von UNHCR propagierten: freiwillige Rückkehr, Resettlement und Integration verstanden. Einen wichtigen neuen Ansatz wählt Ulrike Krause in ihrer Studie zu sexualisierter Gewalt und Geschlechterverhältnissen in einem ugandischen Flüchtlingslager. Sie betrachtet die endemische sexualisierte und häusliche Gewalt im Lager im Zusammenhang mit Ereignissen im Herkunftsland (Demokratische Republik Kongo) und auf der Flucht. Auch die Analyse dieses Flüchtlingscamps in Ostafrika trägt wie alle anderen Beiträge zur Debatte über aktuelle Fragen und Probleme bei. Hier wird auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass Männer nur als Täter (was sie tatsächlich in einem hohen Prozentsatz sind) wahrgenommen werden ohne, dass für sie spezifische Programme angeboten werden, die den Gewaltverhältnissen Grenzen setzen könnten. HL

Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt Nr. 138/139: Dis-Placement: Flüchtlinge zwischen Orten. 250 Seiten, € 30,-



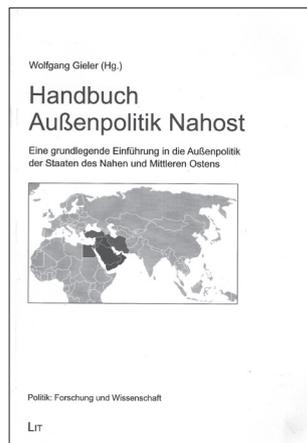
Woher das kommt

Immer noch reagieren Freunde, Eltern oder LehrerInnen meist fassungslos, wenn Jugendliche sich in den Jihad aufmachen. Auch nach der Lektüre dieses übersichtlichen Handbuchs bleiben die Motive der jungen Gotteskrieger schwer nachvollziehbar, aber es ermöglicht die Einordnung der jeweiligen „Fälle“ in einen Kontext aus religiösen Radikalismus und möglichen biographischen Brüchen. Schmidinger schafft es in wenigen Seiten wichtige Basisinformationen zum Phänomen und zur Entwicklung der radikal islamischen Terrororganisationen Al-Quaida und IS zu liefern. Einen großen Abschnitt des Buches widmet er sodann neuen Beispielen von jungen Menschen, die aus Österreich in den Jihad gezogen sind oder es zumindest geplant hatten. Diese reichen vom radika-

lisierten jungen Mann aus einer aus Nordafrika zugewanderten Familie und der plötzlich nach Syrien abgereisten Tochter tschetschenischer Eltern über Halt suchende Jugendliche mit schwierigen Biographien bis zum Vorarlberger Konvertiten. Den Biographien gemein sind Verunsicherungen, Brüche und die Suche nach (einer neuen) Identität. Dinge, die bei anderen Identifikationsangeboten wohl ganz wo anders hätten hinführen können. Klar wird: Der Jihadismus kommt nicht aus dem Zentrum der muslimischen Communities, sondern aus Rändern, die aber für Jugendliche, die selbst Mobbing oder Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, ein attraktives Angebot darstellen.

HL

Thomas Schmidinger: Jihadismus. Ideologie, Prävention und Deradikalisierung. Mandelbaum Verlag, Wien 2015. 124 Seiten, € 14,-



Krisenregion im Überblick

Das Handbuch gibt einen Überblick über 17 verschiedene Staaten des

Nahen und Mittleren Ostens, alphabetisch gereiht von Afghanistan bis zu den Vereinten Arabischen Emiraten. Auch sieben regionale Organisationen von der Arabischen Liga bis zur OPEC werden behandelt. Zu jedem Staat werden Informationen zu der (historischen) Innen- und Außenpolitik, den Verhältnissen zu anderen Staaten des Nahen Ostens und anderen Regionen, der geographischen Lage, Ethnien und möglichen Verbündeten und Gegnern gegeben. Am Ende jedes Kapitels werden wichtige demographische, geographische oder politische Daten nochmals tabellarisch zusammengefasst.

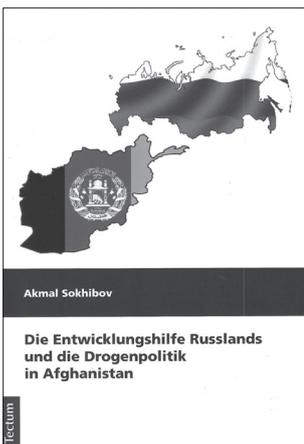
Als Nachschlagewerk ist das Handbuch durch diesen Aufbau empfehlenswert, da es einen guten Überblick über die Situation der Region gibt – auch wenn die behandelten Staaten teils unterschiedlicher nicht sein könnten (Israel, arabische Staaten, ehemalige Sowjetstaaten,...). Obwohl das Handbuch die Außenpolitik behandelt und hier besonders auf die Beziehungen zu den USA, Russland und Saudi Arabien vor allem in Bezug auf mögliche Öl-Abhängigkeiten eingegangen wird, wird auch ein Überblick über die Lage im Staat (Innenpolitik, Herrschaftsstrukturen, Religion, Ethnien,...) gegeben, was hilfreich für das Verständnis ist. Die Länge der jeweiligen Länderberichte ist jedoch sehr unterschiedlich, so wird etwa auf den Iran oder Israel sehr detailliert eingegangen, Afghanistan oder Saudi Arabien nehmen nur ein paar wenige Seiten ein. Die Über-

blicksinformationen über bedeutende regionale Organisationen helfen dabei, ein abgerundetes Verständnis für die Situation im Nahen Osten zu bekommen.

Das Thema Naher Osten ist sehr aktuell und die Lage der Region momentan in einem großen Wandel. Daher ist es derzeit schwierig, bei Werken über den Nahen Osten wissenschaftlich Schritt zu halten. Die Situation hat sich in manchen Gebieten seit Erscheinen des Werkes bereits wieder verändert, trotzdem werden manche aktuelle Gegebenheiten in der Region durch das Handbuch verständlicher.

LW

Wolfgang Gieler (Hg.): Handbuch Außenpolitik Nahost. Eine grundlegende Einführung in die Außenpolitik der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Berlin 2015. LIT Verlag Dr. W. Hopf. 334 Seiten, € 49,90



Die Droge, das Geld, der Krieg

Im Zusammenhang mit dem seit Jahrzehnten andauernden (Bürger)

Krieg in Afghanistan wird in den westlichen Medien erstaunlich wenig über einen in der Ökonomie des Krieges essenziellen Geschäftszweig berichtet: die Opiumproduktion. Im deutschsprachigen Raum sind es lediglich vereinzelte Artikel, die sich dem Thema intensiver widmen. Auch der vorliegende Band kann diese Lücke aus mehreren Gründen nicht schließen. In erster Linie, weil die Themenstellung sehr speziell ist: der Zusammenhang zwischen russischer „Entwicklungshilfe“ und der Drogenbekämpfungspolitik der afghanischen Zentralregierung. Leider ist Sokhibovs Doktorarbeit (Politikwissenschaft an der Uni Magdeburg) nicht entsprechend für die Publikation bearbeitet und redigiert worden, sprachliche Holprigkeiten machen die Lektüre trotz vieler spannender Aspekte mühsam. Während das Kapitel über die russische Entwicklungspolitik in Afghanistan für westliche LeserInnen nur mäßig interessant sein dürfte, bringen die Kapitel zur Drogenökonomie Afghanistans, die verschiedenen Strategien der Drogenbekämpfung und die Frage nach Alternativen zum Mohnanbau durchaus bemerkenswerte Einsichten. Vor allem die Rolle der Taliban, anderer wichtiger „Gewaltakteure“ und der Zentralregierung werden ein gutes Stück klarer.

HL

Akmal Sokhibov:

Die Entwicklungshilfe Russlands und die Drogenpolitik in Afghanistan.

Tectum Verlag, Marburg, 2015.
207 Seiten, € 30,80



Syrien historisch

Die Geschichte Syriens als Zerfallsprodukt des Osmanischen Reiches, als Hoffnung des Panarabismus, als Frontstaat zu Israel bis zu den (schließlich gescheiterten) Reform- und Demokratisierungsversuchen des 21. Jahrhunderts zu schreiben, ist ein ambitioniertes Unterfangen. Umso erstaunlicher ist es, wie gut dies Usahma Felix Darrah gelungen ist. Im Wesentlichen chronologisch, aber ohne sich stur an zeitliche Abläufe zu halten, sondern immer auch unter dem Gesichtspunkt politischer Entwicklungen, verfolgt der Autor Staatswerdung, Konsolidierung und diverse krisenhafte Entwicklungen Syriens. Er beschreibt einen Staat zwischen den Versuchen des Nationbuilding und dem Verharren in klientelistischen Strukturen, zwischen ambitionierten Entwicklungsplänen und Rentenökonomie, zwischen Versorgungsstaat und Diktatur. Syrien hat sich über weite Teile seiner siebzigjährigen Geschichte über seine

Rolle als Frontstaat zu Israel definiert. Das Assad-Regime hat sich von den ölfreudigen arabischen Staaten seine harte Haltung gegenüber Israel reichlich vergüten lassen. Das so entstandene Geflecht aus Geopolitik und autoritärem Klientelismus veränderte sich auch mit dem dynastischen Wechsel von Hafiz al-Asad zu Bashar kaum. Auch trugen alle regionalen und internationalen Player dazu bei, dass der Status quo so lange erhalten blieb, bis der Weg zu Reformen und einem friedlichen Übergang versperrt war. Darrah gelingt es durch seine umfangreichen Recherchen bei denen er nicht nur auf verschiedene zugängliche schriftliche Quellen, sondern auch auf zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen zurückgreifen konnte, ein lebendiges Bild von politischen Entwicklungen im Land zu zeichnen. Die klare Sprache macht das Lesen des über 400 Seiten starken Buches angenehm und die kleinteilige Struktur ermöglicht auch schnell einzelne Perioden oder Ereignisse nachzuschlagen.

HL

Usahma Felix Darrah: Geschichte Syriens im 20. Jahrhundert und unter Bashar Al-Asad. Von nationaler Selbstbehauptung bis zum gesellschaftlichen Aufbruch. Tecum Verlag, Marburg, 2014. 452 Seiten, € 41,10 (Buch), € 31,99 (E-Book)

Vom Leben vor der Flucht

Im Zentrum des Ankommens in einem Zufluchtsland steht für Flüchtlinge das Erlebte, Verfol-



gung, Folter und Krieg. Wieder und wieder müssen sie ihre Fluchtgeschichte erzählen, ihr Leid ist nicht nur für die Asylbehörden wichtiger als ihre Begabungen, Talente und Fähigkeiten. Weder werden sie nach ihren Träumen und Wünschen noch nach ihren schönen Erinnerungen an die verlorene Heimat gefragt. Aus diesem Mangel ist das in der nun vorliegenden Broschüre aufgezeigte Projekt entstanden. In dem Projekt *Kunst & Flucht* erzählen Flüchtlinge, dass sie „auch vor der Flucht ein Leben gehabt haben“ und dass sie nach der Flucht ihre Chancen brauchen ein selbstständiges und glückliches Leben führen zu können. Die Geschichten, bei deren Niederschrift jeweils ein/eine österreichische/r Freund/in als Co-AutorIn geholfen hat, handeln von Kindheiten und Jugenden in Somalia, dem Irak, Afghanistan, Syrien, Bangladesch und Kirgisien. Es sind Geschichten die einen Spalt in den oft durch Krieg und Gewalt aufgebauten Mauern (Warsame A. Amalle) öffnen und einen Blick auf die Herkunftsgesellschaften, auf die Familien und Institutionen

in denen die AutorInnen aufgewachsen sind, ermöglichen. Abgerundet werden die Geschichten durch Fotos, kurze Porträts der AutorInnen und deutschsprachigen Co-AutorInnen. Zu jedem Herkunftsland folgt schließlich eine kurze Länderinformation. Ein wunderbares Projekt. Schade nur, dass bei der Aufbereitung des Materials auf professionelle Gestaltung verzichtet wurde.

HL

Talk Together: Mein Leben vor der Flucht. Verein Salzburg – Kommunikation & Kultur, Salzburg 2016. 116 Seiten, € 14,-
Bestellung: www.talktogether.org



Von der Jugend in Wien

Die Frankfurter Crespo Foundation hat 2012 in Österreich ein Stipendienprogramm für Jugendliche mit „Migrationshintergrund“ ins Leben gerufen. 45 aktuelle und ehemalige StipendiatInnen werden in dem Buch „Wir sind hier“, das Anfang des Jahres im Mandelbaum Verlag erschienen ist, porträtiert. Im Zentrum der Porträts steht nicht die Frage „Woher kommst du?“,

sondern die Frage nach der Gegenwart und der Zukunft, nach dem Standort in der österreichischen Gesellschaft und den Zielen, die die Jugendlichen – auch mit Hilfe des START-Programms – erreichen wollen. Diese Verortung in der (neuen) Heimatstadt Wien wird dadurch unterstrichen, dass die Jugendlichen jeweils einen besonderen Platz in Wien (photographisch) porträtieren werden. Es sind Orte des Lernens, wie Schulen oder Universitäten, Orte die

verschiedene Aspekte Wiens repräsentieren, wie die Seestadt, das Schloss Schönbrunn oder der Karmeliterplatz, aber auch Plätze wo man sich entspannt oder die Freizeit verbringt, wie Parks und Naherholungsgebiete. Orte und Personen werden in einfühlsamer und technisch perfekter Schwarz/Weiß-Photographie von Marie-Christine Gollener-Schmid in Szene gesetzt. Gemeinsam mit der sehr ansprechenden und stringenten Gestaltung ergibt es ein Buch,

das man immer wieder gerne zur Hand nimmt, nicht nur wenn man den oder die eine/n oder andere/n der Porträtieren persönlich kennt.
HL

K. Triebswetter, L. Al-Mousli,
M.-Ch. Gollener-Schmid:
Wir sind hier. 45 Jugendliche.
45 Geschichten. 45 Orte.
Mandelbaum Verlag, Wien 2016.
160 Seiten, 19,90 €

transparent
solidarisch
weltoffen
fair

Die
Alternative
leben!



www.eza.cc

NATÜRLICH FAIR